

Breslauer



Zeitung

N^o 79.

Freitag den 19. März

1852.

Pränumerations-Anzeige.

Die Breslauer Zeitung beginnt mit dem 1. April ein neues vierteljährliches Abonnement. Wir laden hierzu ein und bitten, die auswärtigen Bestellungen bei der nächsten Post-Anstalt so zeitig zu veranlassen, daß dieselben vor dem 1. April bei dem hiesigen Ober-Post-Amte eingegangen sind. Die Zeitung erscheint täglich und ist der vierteljährliche Abonnements-Preis nach wie vor am hiesigen Orte 1 Thlr. 15 Sgr.; auswärts im ganzen preussischen Staate 1 Thlr. 24 1/2 Sgr. inclusive Porto.

Breslau, im März 1852.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Inhalt. Breslau. (Zur Situation.) — **Preußen.** Berlin. (Amtliches.) — (Die Resultate der Postkonferenz. Vermischtes.) — (Der Fortbestand des Ministeriums. Die Vertagung der Kammern. Die Aussicht auf eine Ministerkrise in Oesterreich.) — (Parlamentarisches.) — (Die Berathung der oberheinischen Kirchenfrage.) — (Zur Tages-Chronik.) — **Deutschland.** Karlsruhe. (Für den Zollverein.) — Aus Thüringen. (Gegen eine Zollvereinigung mit Oesterreich.) — (Legitimistische Zusammenkunft.) — Leipzig. (Sachsen nimmt am Flottenkongreß Theil.) — Hamburg. (Die Civilehe in Lübeck beschlossen. Ablieferung des Militär-Archivs an Dänemark. Dänisches.) — Altona. (Ablieferung von Militär-Effekten an die Dänen.) — **Oesterreich.** Wien. (Finanzielles.) — (Tagesbericht.) — **Rußland.** Kalkisch. (Verschiedenes.) — **Frankreich.** Paris. (Tagesbericht.) — **Schweiz.** Basel. (Flüchtlinge. Antwort an Frankreich. Verschiedenes.) — **Belgien.** Brüssel. (Interpellation wegen der Fortifikationen zu Antwerpen.) — **Großbritannien.** London. (Wahlen. D'Israeli. Vermischtes.) — (Transatlantische Post.) — **Portugal.** Lissabon. (Ergänzung des Ministeriums.) — **Osmanisches Reich.** Wien. (Die Wiedererhebung Mehdi Paschas.) — **Asien.** Bombay. (Emeute.) — Hongkong. (Niederlage.) — **Provinzial-Zeitung.** Breslau. (Central-Auswanderungsverein.) — (Der Unterstützungsverein hilfsbedürftiger Familien der ausrückenden Wehrmänner.) — (Einbruch.) — (Schulnachricht.) — Liegnitz. (Ein Fest. Der Akademie-Gesangverein.) — Löhn. (Bohrversuche.) — Brieg. (Explosion. Vermischtes.) — Reise. (Handlungsdiener-Unterstützungsverein.) — Aus dem Kreise Ob- und Niederlausitz. (Werthvolle Kirchengeschenke.) — Notizen aus der Provinz. — **Sprechsaal.** Ein dringender Ruf an die Menschenfreunde für Erreichung eines Vereins für Abschaffung der Bettelerei. — **Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.** (Amtliche Verfügungen und Bekanntmachungen.) — Breslau. (Schwurgericht.) — (Stadtgericht, Abtheilung für Vergehen.) — Berlin. (Gerichtliche Entscheidung.) — (Der Prozeß Schall.) — **Handel, Gewerbe und Ackerbau.** (Die Durchschnittspreise der Cerealien und des Spiritus im Jahre 1851.) — (Die Industrie im Riesengebirge.) — Breslau. (Zur schlesischen Industrie-Ausstellung.) — (Blumistisches.) — (Produktenmarkt.) — (Berliner und Meitiner Markt.) — **Mannigfaltiges.**

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 16. März. Der „Moniteur“ enthält heute eine Deklaration des Renten-Dekrets, wonach die Einlösungen bis zum 2. April Mitternacht schriftlich anzumelden sind, die Zustimmung aber keine Erklärung abzugeben haben, sondern bei der ersten Uebertragung ihre neuen Scheine erhalten. In Lille hat der Oppositions-Kandidat doppelt so viel Stimmen erhalten, als der Regierungs-Kandidat Michebe.

Stuttgart, 15. März. Die Kammer hat den ihr vorgelegten Gesetzesentwurf, betreffend die Ungültigkeits-Erklärung der Grundrechte, mit 53 gegen 33 Stimmen angenommen. Der Antrag auf Wiederherstellung der vor-märzlichen Rechtsverhältnisse für die Israeliten, wurde von derselben mit 62 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Die Regierung versprach, hinsichtlich der Israeliten Vorlagen im Sinne der Humanität, und mit Berücksichtigung des Staatswohls zu machen. (Berl. Bl.)

Genua, 13. März. Der Herzog von Numale ist heute unter dem Pseudonymen Eugen Teilhage hier eingetroffen, und ohne Aufenthalt nach Mailand abgereist.

Turin, 14. März. Der Senat hat die Adresse zur Beantwortung der Thronrede genehmigt. Die Abgeordnetenkammer hat den ministeriellen Vorschlag zur Befestigung von Casale mit 67 gegen 59 Stimmen angenommen.

Breslau, 18. März. [Zur Situation.] Die bremer Wirren, welchen der Bundestag in seiner Weise Abhilfe bringen will, entspringen aus dem Konflikt des Senats und der Bürgerschaft bezüglich der Verfassung vom 5. März 1849 und der Amtsentsetzung des Pastor Dulon.

Hr. Dulon kam vor etwa vier Jahren aus Magdeburg dahin. Er hat früher einmal der pietistischen Richtung angehört und ist dann im Kampfe gegen die preussische Konsistorial-Kirche weiter und weiter gegangen, so daß er mit der Kirche gänzlich gebrochen hat. In Bremen ward er 1848 ein anerkannter Führer der demokratischen Partei und seine kirchliche Stellung trat hinter der eines politischen Partei-Chefs fast ganz in den Hintergrund. Als solcher gewann er, nicht bloß in Bremen, sondern in ganz Norddeutschland einen ungeheuren Einfluß. Die Räume der Liebfrauen-Kirche, wenn er predigte, fielen nicht die Menge der Zuhörer; doch wirkte er auch nicht, bloß als Kanzelredner, sondern noch mehr als Pamphletist. Die ohne genügenden Rechtsgrund von Seiten der hannoverschen Behörde gegen Dulon verhängte Verhaftung auf der Eisenbahn, seine Gefängnißhaft in Hoya und seine Freilassung mehrte noch die Zahl seiner Anhänger, da ihn diese Vorgänge zum Märtyrer stempelten. Noch im Gefängniß schrieb er sein neuestes, in den meisten Staaten Deutschlands verpöntes Buch: „Der Tag ist angebrochen“, worin er als fanatischer Sozial-Demokrat die Lehre „Arnold Ruge's in Brighton“ predigt.

Da er in ähnlicher Weise schon früher gepredigt und geschrieben, hatte die Minorität der Liebfrauen-Gemeinde Klage gegen ihn erhoben und ein Gutachten der theologischen Fakultät in Heidelberg eingeholt, auf Grund dessen Dulon durch den Senat seines Amtes enthoben ward.

Diese Maßregel ist, wie wir kürzlich meldeten, von der Bürgerschaft für null und nichtig erklärt worden. Der andere Konflikt betrifft, wie wir bereits erwähnten, die Verfassung vom 5. März.

In Folge des viel besprochenen Bundesbeschlusses vom 23. August v. J. hatte der Senat den 17. September v. J. eine Mittheilung an die Bürgerschaft gelangen lassen, wonach ein anderer Modus für die Wahl der Senatsmitglieder, eine sofortige Neuwahl der Bürgerschaft nach einem auf Klasseneintheilung und Censur beruhenden Wahlverfahren und ein mit derselben zu vereinbarendes Gesetz über den Wirkungsbereich der bürgerschaftlichen Deputationen für notwendig erklärt wurde, um der grundgesetzlichen Bestimmung des Bundes zu genügen, nach welcher in allen Bundesstaaten eine kräftige Regierung vorhanden sein solle. Außerdem wurden eine Reihe Paragraphen der bremischen Verfassung für unvereinbar mit dem Bundesrechte erklärt und diejenigen Aenderungen bezeichnet, welche an deren Stelle treten müßten. Am Schlusse der Mittheilung hieß es: „Indem der Senat von dieser ihm zugegangenen Aufforderung des Bundes, so wie von den in deren Folge seinerseits getroffenen Einleitungen volle und offene Kunde giebt, kann er nicht umhin, sie insgesammt und jeden Einzelnen in ihrer Mitte auf die bedrohliche Lage, in welche unser Freistaat durch den immer greller hervortretenden Widerspruch seiner Einrichtungen und Zustände mit der in und für ganz Deutschland wieder gültigen Ordnung der Dinge versetzt worden ist, von neuem aufmerksam zu machen.“ Zugleich fügte der Senat hinzu, daß die mit den Bundesgrundsätzen unvereinbaren Bestimmungen der Verfassung durch das dagegen erhobene Widerspruchsrecht des Bundes ohne Weiteres außer Kraft treten müßten, und daß eine Revision der sofort an deren Stelle in Kraft zu setzenden Bestimmungen seiner Zeit und unter geordneten Verhältnissen demnächst erfolgen möge. In ihrem am 8. Oktober v. J. gefaßten Beschlusse lehnte die Bürgerschaft die Senatspropositionen in Betreff der veränderten Wahlart zum Senat, der auf Grund eines nach Klassen und Censur geregelten Gesetzes sofort neu zu wählenden Bürgerschaft, so wie der Aenderung des Gesetzes über die Deputationen ab, und erklärte, daß sie unter Beobachtung des verfassungsmäßig vorgeschriebenen Verfahrens eine gemeinschaftliche Deputation zur Erstattung eines gutachtlichen Berichts darüber beantrage, welche der vom Senate bezeichneten Bestimmungen der Verfassung mit den Bundesgesetzen in Widerspruch ständen, und welche andere Bestimmungen an deren Stelle verfassungsmäßig zu setzen sein dürften. Bei diesem Beschlusse beharrte die Bürgerschaft auch späterhin, und fand sich der Senat deshalb veranlaßt, bei der Bundesversammlung eine authentische Interpretation ihres Beschlusses zu beantragen, um zu konstatiren, daß die Auffassung des Senats mit den Bestimmungen desselben im Einklange stehe. Die von Frankfurt aus beschlossene Absendung eines Bundeskommissärs erscheint als die bündigste Antwort auf jene Anfrage des Senats.

Wie wir gestern meldeten, werden preussische Truppen in Bereitschaft gehalten, um dem Bundesbeschlusse den etwa nöthigen Nachdruck zu geben; doch dürfte das Beispiel Kurheffens wohl jede Lust zum Widerstande im Keim ersticken.

In Rücksicht auf die Reorganisation in den Verfassungsverhältnissen des Fürstenthums Waldeck verlautet, daß die desfallsigen Arbeiten bereits erheblich vorgeschritten sind und daß aus der Verfassung von 1849 namentlich das demokratische Wahlgesetz und die Verantwortlichkeit der Minister entfernt werden sollen. Auch in Bezug auf die Steuerbewilligung durch die Stände sind Aenderungen in Verathung. In Vorschlag für die Wahl der Stände ist eine ständische Klasseneintheilung gebracht, so daß an Stelle der jetzigen Urwahlenvertretung eine Interessensvertretung stattfinden soll. — Man erwartet, daß Herr Beyer, welcher diese Verathungen hauptsächlich leitet, spätestens zum Mai seine Geschäfte als Oberbürgermeister von Potsdam wird wieder ganz übernehmen können.

Aus Berlin meldet unser □ Korrespondent, daß die wirklich in Anbruch befindliche Ministerkrise durch ein Handschreiben Sr. Maj. des Königs an Hrn. von Manteuffel beseitigt worden sei. Die Situation präcisirt er dahin, daß gegenwärtig nur noch von zwei Parteien die Rede sein könne; von einer feudalistischen und büreaukratischen und zwar gelte dies ebenso sehr von Preußen wie von Oesterreich.

Aus Paris wird die Wahl Carnot's gemeldet, welcher die Ungeschicklichkeit der Regierungs-Organe selbst eine gar nicht in ihr liegende Bedeutung gegeben haben. — Wie die N. Z. schreibt, stände die Bildung ländlicher Kredit-Anstalten mit dem Konfiskations-Dekret vom 22. Jan. im engsten Zusammenhange. Es hätten zwei Gesellschaften von Kapitalisten, welche die vollständigsten Bürgschaften für das Unternehmen anboten, auf dasselbe bereits verzichtet, — weil man ihnen als *conditio sine qua non* die Verpflichtung einzugehen stellte, dem Staat, falls er es verlangen sollte, auf die eingezogenen Güter der Orleans Darleihen zu machen. Die französischen Kapitalisten dieser Gesellschaft, welchen die Gefahren einer solchen Verpflichtung, denen sie einem vieljährigen Prozeß gegenüber ausgesetzt sein könnten, nicht entgangen sind, haben es vorgezogen, auf die verlangte Ermächtigung zu verzichten. Das Elysee ließ sich darum nicht abschrecken, und beharrt auf der gestellten Vorbedingung, die übrigens eine Gesellschaft ausländischer Kapitalisten anzunehmen geneigt sein soll. Nebenbei geben die Geschäftsleute des Elysee sich nicht wenig Mühe Käufer aufzutreiben, sollen aber bis jetzt nur eine englische reiche Modistin und einen russischen Fürsten gefunden haben, die Lust hätten an der Erwerbung der konfiszierten Güter sich zu betheiligen. Haben erst einige der erwähnten Kreditanstalten sich anheischig gemacht, diese Güter gleich andern als Hypotheken und den Staat als den endlichen Besitzer derselben anzusehen, somit demselben Geld darauf vorzustrücken; haben die elyseischen Geschäftsleute erst recht viele Kauflustige für diese Güter aufgetrieben — dann wird die Verwaltung der Staatsdomänen nicht mehr zaudern, dieselben in Besitz zu nehmen.

In London zweifelt man nicht mehr, daß die Osterferien mit der Parlaments-Auflösung und den allgemeinen Wahlen zusammenfallen werden, und in dem toryistischen Carlton-Klub subscribirt man bereits bedeutende Summen, um den Wahlkampf mit Energie beginnen zu können.

Wie das C. B. „mit größerer Bestimmtheit“ vernimmt, beabsichtigt die gegenwärtige kopenhagener Regierung nicht, ein gemeinsames Zollsystem für Dänemark und die Herzogthümer Holstein und Schleswig herzustellen. Man hat lange in Betreff dieser Frage in Kopenhagen geschwankt, endlich sollen aber die Ansichten durchgedrungen sein, welche eine Vereinigung des Tarifs für Dänemark mit dem der Herzogthümer als unratksam bezeichnen. Der für Dänemark bestehende Tarif erschien als ein viel zu hoher für die Herzogthümer und der der letztern als ein viel zu niedriger für Dänemark, — bei dem bedeutenden Unterschied der beiden Tarife aber schien auch die Herstellung eines gemeinschaftlichen Zollsystems im Wege der Annäherung beider Tarife durch Erhöhung des einen und Herabsetzung des andern, als ein zu gewagtes Experiment. Es wird deshalb eine Zollgrenze zwischen dem Königreich und den Herzogthümern bleiben. — Die Stadt Altona wird, wie nunmehr auch feststeht, keinem dieser beiden Zollgebiete einverleibt, sie behält ihre erimirte Stellung.

Preußen.

Berlin, 16. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, folgende Orden den nachbenannten kaiserlich russischen Offizieren zu verleihen: I. Den rothen Adler-Orden zweiter Klasse: dem Obersten v. Weymar, vom Generalstabe. II. Den rothen Adler-Orden dritter Klasse: dem Rittmeister v. Potapoff, vom Leibgarde-Husaren-Regiment; dem Stabs-Kapitan Ghizetti da Capo ferri, Adjutanten des General-Quartiermeisters der aktiven Armee; dem Stabs-Kapitain v. Grigoroff, von der reitenden Artillerie. III. Den rothen Adler-Orden vierter Klasse: dem Premier-Lieutenant v. Dffenberg, vom Feld-Ingenieur-Corps; so wie IV. den St. Johanner-Orden: dem Garde-Rittmeister Fürsten Schachowskoy, Adjutanten des Fürsten von Warschau.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: den Superintendentur-Berweser, Pfarrer Kunder in Kamin, und den Hofsprenger Brunner in Stettin zu Konfistorial-Räthen und Mitgliedern des Konfistoriums der Provinz Pommern zu ernennen.

Berlin, 17. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: den Kammerherren v. Hülsen zum General-Intendanten der königlichen Schauspiele zu ernennen. — Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Kreis-Physikus Dr. Liegau in Gumbinnen den Charakter eines Sanitätsraths beizulegen. Den Kreisrichter Maschke zu Bunzlau bei seiner Entlassung aus dem Justizdienste zum Justizrath zu ernennen.

Se. königliche Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen ist von Meiningen hier eingetroffen.

□ **Berlin, 17. März.** [Der Fortbestand des Ministeriums. — Die Vertagung der Kammern. — Die Aussichten auf eine Ministerkrise in Oesterreich.] Man spricht von einem Handschreiben Sr. Maj. des Königs, welches Herrn v. Manteuffel am vorigen Sonntag zugegangen ist, und dem man die entscheidende Veranlassung beimisst, daß das gegenwärtige Ministerium seine auseinanderfallenden Glieder noch wieder gesammelt, und zu einem einstweiligen solidarischen Verbands neu befestigt hat. Am allerhöchsten Orte wird dringend gewünscht, daß die bisherige Zusammensetzung des Kabinetts noch so lange dieselbe bleibe, bis die in Angriff genommenen Reorganisationsfragen des Staats, welche die Verfassung im Allgemeinen und die mit derselben in Verbindung stehenden Einzelgesetze betreffen, ihre definitive Erledigung gefunden hätten. Herr v. Manteuffel schien in der letzten Zeit anderer Meinung geworden, und glaubte namentlich, daß das Ministerium in seiner bisherigen Zusammensetzung eher ein Hinderniß geworden sei, um den Weg, den man in jenen Beziehungen noch vor sich hat, erfolgreich zurücklegen zu können. Man darf jedoch annehmen, daß die gegenwärtige ministerielle Kombination, auf der unser Kabinet beruht, sich innerlich überlebt hat, wenn auch allerdings aufrichtige Entschlüsseungen zu ihrer einstweiligen Forterhaltung jetzt gefaßt zu sein scheinen. Der Berg, den man vor sich hat, ist eigentlich noch in seiner ganzen Höhe zu übersteigen, denn erledigt ist bis jetzt noch Nichts, und zu einem rascheren Vorgehen ist um so weniger Aussicht, als die zweite Kammer, wie aus ihrem neulichen Beschluß über die Gemeinde-Ordnungs-Vorlagen hervorgeht, sich einer Hingögerungstaktik anvertrauen zu wollen scheint. Je länger die Session dauert, desto ungünstiger werden die Chancen für die

Reorganisations- und Reactivierungs-Absichten der Regierung, da sich der Stand der parlamentarischen Parteien täglich verrückt, und die wichtigsten Abstimmungen, die man noch eben in der Hand zu haben glaubte, im Moment der Entscheidung selbst umschlagen können. Wegen dieser fluctuirenden Beschaffenheit des parlamentarischen Bodens würde dem Ministerium eine längere Vertagung der Kammern, die im persönlichen Interesse vieler Abgeordneten abermals zur Erwägung gekommen ist, nicht gerade erwünscht sein. Man besorgt wohl mit Recht, daß man die mit Mühe und doch nicht ganz sicher zurechtgeschobenen Majoritäten nicht in derselben Lage und noch weit ungünstiger wiederfinden werde, als man sie entlassen hat.

Alle diese Uebelstände fließen für die Regierung aus dem einen Umstand, daß sich dieselbe nicht zu einem einheitlichen principiellen Auftreten, namentlich in der Verfassungs-Revision hat entschließen oder dazu mit ihren inneren Gegensätzen einigen konnte. Ein Ministerium des Princips würde die Verlegenheiten und Ungewissheiten nach allen Seiten hin sogleich abgeklärt und in ein festes Geleise geschoben haben. Unter Princip verstehen wir natürlich nur noch den Kreuzzeitungsstandpunkt, denn diesem gegenüber giebt es auf der einen Seite nur noch den ministeriellen und royalistischen Bureaukratismus, auf der andern Seite den ringenden Konstitutionalismus und die nicht mitspielende passive Demokratie. Oesterreich und Preußen sehen sich darin in ihren inneren Entwicklungsverhältnissen in diesem Augenblicke auf eine merkwürdige Weise ähnlich. In beiden Staaten drehen sich jetzt alle Interessen um den Kampf zwischen Bureaukratie und Feudalismus, und von dem Ausgang dieses Kampfes scheint auch eine endliche sichere Feststellung des Verhältnisses zwischen Preußen und Oesterreich abhängig geworden zu sein. Die berliner Kreuzzeitungspartei hofft seit einiger Zeit auf eine Ministerkrise in Wien, und stellt in ihrem bekannten Organe das Abtreten des Ministeriums Schwarzenberg-Bach (das freilich seit einiger Zeit die Kreuzzeitung um die Wette mit der deutschen Volkshalle konfisciren läßt) in ziemlich nahe Aussicht. Die Schicksalsgenossenschaft der Volkshalle beweist hier, welche Verbindungswege mit dem ultramontanen Element die preussischen Kreuzzeitungsmänner zum Sturz des „nivellirenden Bureaukratismus“ nicht verschmähen dürften. Wir hegen jedoch, ohne irgend zu den Bewunderern des schwarzenbergischen Ministeriums zu gehören, noch einige bescheidene Zweifel, ob dasselbe, dieser Koalition gegenüber, schon so bald die Waffen strecken würde. Was Preußen anbetrifft, so scheint das gegenwärtige österreichische Ministerium allerdings nicht geeignet, die preussisch-österreichischen Differenzen, für welche in der letzten Zeit doch nur ein Previsorium gefunden war, zu einem lösenden Austrag kommen zu lassen. Das zeigt sich in diesem Augenblicke wieder sehr empfindlich an dem precären Stand der Zolleinigungs-Angelegenheiten. Das österreichische Ministerium scheint die Zugeständnisse nicht zu acceptiren, welche in der neuerdings an den preussischen Gesandten in Wien erhaltenen Instruktion liegen, und die besonders darin ausgedrückt waren, daß Preußen die principielle Basis der alten Zollvereinsverträge unbedingt erhalten wolle, um dadurch den Uebergang zu der österreichisch-deutschen Handelsvereinbarung selbst zu bahnen. Oesterreich steigert aber neuerdings wieder seine Ansprüche, und verlangt seine vielbesprochenen Propositionen nicht als eventuelles Ende, sondern als die Spitze und den Anfang der berliner Zollkonferenz aufzufaßt zu sehen. Wir glauben aber zunächst nicht, daß ein Ministerwechsel in Oesterreich, entweder wie ihn die Kreuzzeitung erhofft, oder auch in irgend einer andern Richtung, darin eine Aenderung herbeiführen würde. Die Gegensätze zwischen Oesterreich und Preußen liegen tiefer und notwendiger da, als daß sie durch irgend eine ministerielle Kombination erschöpft werden könnten!

Berlin, 17. März. [Die Berathung der oberrheinischen Kirchenfrage.] Wir haben bereits über die Berathungen der Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz zu Freiburg und die dort beschlossenen Forderungen berichtet. Dem „Fr. Z.“ geht nunmehr auch über die Verhandlungen der zur Berathung der oberrheinischen Kirchenfragen in Karlsruhe versammelten Regierungskommissare eine angelegentlich „völlig zuverlässige“ Mittheilung zu, welche die Stellung der preussischen Regierung in dieser Angelegenheit betrifft und deren Politik in den kirchlichen Fragen scharf charakterisirt. „An den Verhandlungen in Karlsruhe hat, wie man dem „Fr. Z.“ schreibt, auch ein preussischer Regierungs-Kommissar, Herr v. Sydow, Theil genommen, welchem demalsten Hohenzollern einen Theil der oberrheinischen Kirchenprovinz bildet. Die übrigen Kommissare waren einstimmig für Abspaltung der Forderungen der Bischöfe, wenigstens in allen wesentlichen Dingen; nachdem sie alle sich in dieser Richtung ausgesprochen hatten, entwickelte dagegen Herr v. Sydow eine ganz entgegengesetzte Ansicht und erklärte, daß seine Regierung in keiner Weise zu dem alten Systeme staatlicher Bedrückung, Behinderung und Bevormundung der katholischen Kirchengewalt die Hand biete, und daß die Forderungen der Bischöfe preussischer Seite für wohl begründet angesehen werden, und deren Genehmigung nicht versagt werden dürfe und könne. Diese unvermuthete preussische Erklärung erregte bei den anderen Regierungs-Kommissaren große Sensation, und wurde ohne weiteres Eingehen in die Frage alsbald beschlossen, sich neue Instruktionen zu holen und bis zum Mai d. J. zu vertagen. Es steht demnach diese oberrheinische Kirchenfrage für die Bischöfe nicht ungünstig und es ist anzunehmen, daß dieselben bei ihrer Erklärung, die gestellten Ansprüche nöthigenfalls auch ohne Genehmigung der Regierung zu realisiren, sich des preussischen Schutzes versichert hätten. — Herr v. Sydow war bekanntlich der Diplomat, welcher zu der karlsruher Konferenz der Regierungsbevollmächtigten zwar nicht geladen, aber sehr erwünscht, wie das ultramontane „Mainzer Journal“ sagte, gekommen war und sich entschieden für die Forderungen der Bischöfe erklärt hatte.“ — Der „D. R. Z.“ schreibt man von hier: „Des Königs Majestät haben dem Gesandten in der Schweiz, v. Sydow, in Folge der zu Karlsruhe stattgefundenen vorläufigen Berathungen über die Angelegenheiten der oberrheinischen Kirchenprovinz, insonderheit über die in einer Denkschrift der hochwürdigsten Ordinarien niedergelegten Gravamina eine Berichterstattung darüber in Rücksicht auf die hohenzollernschen Lande allergnädigst aufzutragen geruht.“

□ **Berlin, 17. März.** [Die Resultate der Postkonferenz. — Vermischtes.] Es ist bis jetzt eigentlich gar nichts über die Resultate der Postkonferenz, welche im Herbst v. J. hier in Berlin zusammentrat, in das größere Publikum gedrungen, und allerdings sind auch Resultate, die unmittelbar praktisch ins Leben einzuführen wären, nicht erreicht. Allein dieselben versprechen wichtige Wirkungen für die Folge, deshalb folgende genauere Notizen darüber. Es ist beschlossen worden, sobald als möglich mit den verschiedenen auswärtigen Staaten Verhandlungen anzuknüpfen, um auch nach dem Auslande hin eine Frankfurter durch Briefmarken eintreten lassen zu können. Das Anknüpfen derartiger Verhandlungen ist nach Belieben jedem der zum deut-

den Postvereine gehörigen Staaten überlassen, doch müssen die getroffenen Verabredungen, insofern sie für den ganzen Verein Gültigkeit erhalten sollen, zunächst in der nächstfolgenden Konferenz des Vereins zur Genehmigung vorgelegt werden. Es ist ferner in Anregung gebracht, in der Folge möglichst bei Berechnung des Portos und Frachtgeldes nur die direkte Entfernung von einem Orte zum andern zu Grunde zu legen, so daß also die durch die Richtung der Eisenbahnen oder Chaussées veranlaßten Umwege dabei außer Ansatz bleiben sollen. Es ist vorgeschlagen, zu dem Behufe möglichst bald die genauen Vermessungen dieser Distanzen vorzunehmen und danach eine Abgrenzung verschiedener Bezirke anzuordnen. Sobald die Beendigung dieser Messungen die Verwirklichung dieses Planes ermöglichen wird, soll dann sofort das Weitere wegen der Ausführung angeordnet werden. Man hat sich ferner über den Maximal- und Minimal-Preis für die Zeitungspedition geeinigt, und endlich die verschiedenen zum Vereine gehörigen Regierungen aufgefordert, über die Herstellung eines Central-Rechnungshofes für den ganzen Verein auf der nächsten Postkonferenz bestimmte Vorschläge zu machen. Wir haben nicht in Erfahrung gebracht, inwiefern in Betreff dieser und einer Menge anderer Gegenstände, die noch zur Berathung gekommen sind, bestimmte Veröffentlichungen in der nächsten Zeit zu erwarten stehen, haben aber Grund zu der Annahme, daß die Protokolle nur an die Regierungen selbst zur Vertheilung gelangen werden, und das Publikum nur erst nach und nach, sobald die einzelnen Vorschläge zur Ausführung gelangen, Kunde davon erhalten wird.

Das Ministerium hat sich jetzt positiv dafür ausgesprochen und mit den Präsidenten der beiden Kammern deshalb in Einvernehmen gesetzt, zur Zeit des Osterfestes nur eine Kammer-Vertagung von möglichst kurzer Dauer eintreten zu lassen, da die der diesmaligen Session noch zur Berathung vorliegenden Gegenstände noch überaus zahlreich sind und man dieselben möglichst zum Abschluß bringen möchte, weil das Mandat der Kammern mit der diesmaligen Session erlischt, so daß anderenfalls eine Wiederaufnahme der Berathungen mit ganz andern Kräften erforderlich sein würde.

Der Prinz Wilhelm von Baden, der hier in Potsdam beim ersten Garderegiment dient, ist nach Karlsruhe abgereist, weil die von dort hier eingetroffenen Nachrichten den Krankheitszustand des Großherzogs von Baden als so bedenklich darstellen, daß der Tod desselben als nahe bevorstehend erscheint.

Die eben erfolgte Erkennung des Kammerherrn v. Hülsen zum wirklichen General-Intendanten der königlichen Schauspiele ist durch ein überaus gnädiges Handschreiben des Königs an denselben geschehen, worin ihm die vollste Zufriedenheit über seine bisherige Amtsführung ausgesprochen und er wegen der dabei erzielten Resultate in den anerkanntesten Ausdrücken belobt wird.

Es ist dem preussischen Gesandten in Kopenhagen aufgegeben worden, vorläufig in vertraulicher Weise Vorstellungen bei dem dänischen Ministerium dagegen zu erheben, daß, wie dies jetzt gestattet worden ist, bei dem Verkehr zwischen den Dienstbehörden in Holftein die dänische Sprache zur Anwendung kommen, und darauf hinzuweisen, daß man sich andern Falls genöthigt sehen würde, diesen Punkt zum Gegenstand der Erörterung beim Bundestage bei Gelegenheit der bevorstehenden Berathungen zu machen, indem darin eine Verletzung der getroffenen Stipulationen liege.

Das C. B. nennt bereits die Namen mehrerer derjenigen Staatsmänner, die zu der bevorstehenden Zollkonferenz werden hierher gesendet werden. Wir bemerken in dieser Beziehung, daß bis diesen Augenblick noch von keiner Regierung eine Rückäußerung auf das preussische Einladungsschreiben vom 6ten d. M. hier eingegangen ist. So weit man hier aber vertraulich von den zu Vertretern für die hiesige Konferenz bestimmten Personen Kunde hat, stimmen die uns gemachten Mittheilungen nicht ganz mit denen des C. B. überein. Allerdings werden auch uns Herr v. Hermann für Baiern, Klenze für Hannover und Liebe für Braunschweig genannt, dagegen für Sachsen nicht der Herr v. Schimpff, sondern der geheime Rath Weinsich, ferner für Württemberg der Oberfinanzrath Sigel und für Baden der Ministerialrath Hack. Definitives aber ist, wie gesagt, hierüber noch nicht bestimmt.

Bisher bildete der morgende Tag als Jahrestag der hiesigen Märzrevolution noch immer für einzelne Klassen der Bevölkerung eine Art von Erinnerungsfest, das sich durch zahlreiche Wanderungen nach dem Friedrichshaine, der Grabstätte der Gefallenen, bekundete; diesmal aber wird aller Wahrscheinlichkeit nach selbst diese äußere Bekundung fortfallen, da die Grabstätte neuerdings bekanntlich mit einem Zaune umgeben worden ist, und nur Denjenigen, die sich speziell als Verwandte der dort Begrabenen legitimiren, Einlaßkarten zu der Stätte verabfolgt werden sollen.

Berlin, 17. März. [Zur Tageschronik.] Ein Gerücht sagt: Se königl. Hoheit der Prinz von Preußen werde noch im Laufe dieses Monats nach Berlin zurückkehren; dies ist unbegründet. Der Prinz hat vielmehr für den künftigen Monat Inspektionen der unter höchstem Kommando stehenden Truppen angetreten. — Dagegen werden Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm gegen das Ende dieses oder zu Anfang des künftigen Monats in Potsdam eintreffen, um die Führung einer Kompagnie des ersten Garderegiments zu Fuß zu übernehmen. Für die Dauer des Aufenthalts in Potsdam ist dem Prinzen das dortige Gouvernementshaus eingerichtet worden. In Berlin aber wird Se. königl. Hoheit vorläufig die schon bisher innegehabten, nach der Behrenstraße gelegenen Gemächer im Palais des Prinzen von Preußen auch ferner bewohnen.

Die Vossische Zeitung meldet: Am 13. d. M. Vormittags hatten die Altmeister des hiesigen Schuhmachergewerks die Ehre, von Sr. Excellenz dem Herrn Minister v. Mantuffel in einer Audienz empfangen zu werden, in welcher sie dem Herrn Minister die ergebenste Bitte vortrugen, gnädigst dahin wirken zu wollen, daß dem großen Nothstande der hiesigen Schuhmacher durch Uebertragung der Militärarbeiten ein wirksames Ziel gesetzt werde. Se. Excellenz nahmen die Bitte sehr gnädig auf und versprochen, so weit es an ihm liege, dafür sorgen zu wollen und dem Näheren deshalb entgegen zu sehen. (Schw. A.)

Uebermorgen findet hier im Krollischen Saale die Generalversammlung von Interessenten der hiesigen Aussteuer- und Sterbefälle statt. Die Verwickelung in den Verhältnissen dieser Versicherungsgesellschaft ist keine geringe, und man ist auf die Verhandlungen der Generalversammlung höchlich gespannt. Nach der bisher stattgehabten Prüfung der Legitimationen läßt sich eine Theilnahme von nahe an 2000 Personen erwarten.

Heute findet hier im englischen Hause ein Fest zu Feyer der Stiftung der preussischen Landwehr statt.

Die Ernennung des Unterstaatssekretärs Frh. v. Mantuffel zum Oberpräsidenten der Provinz Pommern, wird nunmehr als höchst wahrscheinlich bezeichnet.

In dem Augenblick, in welchem der Kampf um die Bildung einer preussischen Patrie in sein zweites Stadium tritt, wird eine Denkschrift der Öffentlichkeit übergeben, die im Jahre 1844 in der Absicht geschrieben wurde, dem Könige übergeben zu werden. Die Denkschrift, wie der unbekante Herausgeber sagt, von einem ehrlichen und vorurtheilsfreien Aristokraten geschrieben, hält die Mitte zwischen den Gegnern jeder geschriebenen Verfassung und den Anhängern des Repräsentativsystems. Sie will Reichsländer mit zwei Kammern, und die Schöpfung einer ersten Kammer hauptsächlich zur Wiederbelebung einer deutschen Aristokratie. In der ersten Kammer soll ausschließlich der Adel vertreten sein, der bürgerliche und bäuerliche Grundbesitz, das Beamtenstand und die Intelligenz ausschließlich in der zweiten. Die Häupter der sämtlichen früher mit Landeshoheit begabten reichständischen Familien, die Häupter der mit Fideikommiss-

farischem Grundbesitz ausgestatteten Adelsfamilien, welchen der König eine Virilstimme verleiht, endlich Deputirte des Adels, vier aus jeder Provinz, sollen die erste Kammer bilden. Deputirte der Städte, gewählt aus Hausbesitzern und durch solche; Bauerndeputirte, nach verschiednen für die Provinzen aufzustellenden Kategorien gewählt, Deputirte der Akademien und Universitäten, Deputirte des Beamtenstandes, von den Mitgliedern der Regierungen und den Räten einer für jeden Bezirk gewählt, sind die Elemente der zweiten Kammer. Die Regierung hat in der Gesetzgebung die Initiative, die Kammern haben das Recht der Petition und der ehrenrührenden Beschwerde. Öffentlichkeit der Sitzungen, und Ausschließung derselben durch die Regierung, wenn zehn Mitglieder zustimmen u. Die Denkschrift, durch die Bessersche Buchhandlung in die Öffentlichkeit gebracht, zieht wegen des Ursprunges, den man ihr zuschreibt, und wegen des Zweckes, der in ihrer Veröffentlichung gefunden wird, die allgemeinste Beachtung auf sich. (C. B.)

[Parlamentarisches.] Die motivirte Tagesordnung, welche Hr. v. Bethmann-Hollweg zu dem Lette-Forscherschen Antrage gestellt hat, und über welche die erste Kammer am Freitag Beschluß fassen wird, lautet dahin:

„In Erwägung, daß Zweifel obwalten, ob der Kammer in dem vorliegenden Falle die Befugniß zusteht, nach dem Antrage der Abg. Lette und Frh. v. Forstner eine Kommission zu ernennen; in Erwägung aber, daß bei dieser Gelegenheit Thatsachen zur Sprache gekommen, die es zweifelhaft lassen, ob die Regierungsbehörden überall nach den Gesetzen und mit der zarten Rücksicht verfahren sind, welche die verfassungsmäßig verbürgte Gewissens- und Religionsfreiheit erheischt; — und in der Erwägung, daß die Staatsregierung die Verhältnisse der Dissidenten-Gemeinden einer gründlichen Untersuchung unterwerfen, dabei auch die von den Antragstellern angeführten Thatsachen berücksichtigen und je nach dem thatsächlichen Befund im Einzelnen ihnen volle Gerechtigkeit widerfahren lassen werde, — geht die Kammer zur Tagesordnung über.“

Der vom Finanzminister eingebrachte Gesetzentwurf wegen Ergänzung des Gesetzes über die Mahl- und Schlachtsteuer wird von der Kommission der ersten Kammer zur Annahme in derjenigen Fassung empfohlen, in welcher der Entwurf aus der Berathung der zweiten Kammer hervorgegangen ist.

Von den Abgeordneten der Linken unserer zweiten Kammer wird beabsichtigt, sowohl bei Berathung des Postgesetzes als dem die Zeitungssteuer betreffenden Anträge einzubringen, welche eine Fortdauer der Postsubventionsziehungen für einzelne Zeitungen unmöglich machen sollen. (C. B.)

Der Bericht der Kommission der zweiten Kammer über die Verordnung vom 11. Juli 1849, betreffend das Disciplinerverfahren gegen nicht richterliche Beamte, ist jetzt veröffentlicht. Diese Verordnung ist zum dritten Male Gegenstand der Berathungen einer Kommission der zweiten Kammer und liegen in Betreff derselben bereits mehrere Kommissionsberichte vor. Die Kommission hat sich deshalb für befugt erachtet, auf die in den früher erstatteten Berichten entwickelten Gründe zu verweisen. Sie hat sich mit 9 gegen 4 Stimmen für die Unzulässigkeit einer Erörterung der Dringlichkeitsfrage entschieden, da dieselbe früher bereits anerkannt, hat sich jedoch, falls die Kammer anderer Ansicht sein sollte, event. für die Anerkennung der Dringlichkeit ausgesprochen. Dem Berichte ist eine Zusammenstellung der Regierungsvorlage, des Entwurfs der ersten Kammer und der Vorschläge der Kommission beigefügt, woraus sich ergibt, daß die Kommission größtentheils dem Entwurfe der ersten Kammer beigetreten ist und nur wenige Abänderungen desselben vorschlägt. (C. 3.)

In der ersten Kammer sind von den betreffenden Kommissionen wieder mehrere Berichte erstattet. Die Finanz-Kommission empfiehlt der Kammer den Gesetz-Entwurf vom 26. Januar d. J., die Ermäßigung des Durchgangszolls für Zink betreffend, zur Annahme. — In einem zweiten Bericht stellt dieselbe Kommission den Antrag: „Die Kammer wolle den mit der allerhöchsten Ermächtigung vom 13. Februar d. J. vorgelegten Gesetz-Entwurf, betreffend die Ueberweisung der in Gemäßheit des Gesetzes vom 7. Dezember 1849 aufzunehmenden Staatsanleihe an die Hauptverwaltung der Staatsschulden, so wie die Tilgung dieser Anleihe mit einer bei § 4 vorgeschlagenen Faltungs-Veränderung genehmigen.“ — Ferner berichtet die Finanz-Kommission über den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Mahl- und Schlachtsteuer-Gesetzes vom 30. Mai 1820. Sie empfiehlt, dem Entwurf in der Fassung der zweiten Kammer die Zustimmung zu ertheilen. Zugleich beantragt sie, daß die im Bericht näher dargelegte Ansicht wegen Einführung der Klassensteuer, anstatt der Mahl- und Schlachtsteuer, in die jetzt dieser Steuer unterworfenen Städte und wegen eventueller Umwandlung der Mahl- und Schlachtsteuer in eine bloß lokale Kommunal-Verbrauchs-Abgabe der Staats-Regierung zur Erwägung anheimgegeben werde.“ — Ueber eine von den Gewerbetreibenden des halbmeiligen Umkreises von Berlin unterm 22. Januar über denselben Gegenstand eingereichte Petition wird der Uebergang zur Tagesordnung vorgeschlagen, weil dasjenige, was die Petenten anführen, bei der Berathung des Gesetzentwurfs zur Erwägung gekommen sei. — Endlich berichtet dieselbe Kommission über zwei Petitionen: 1) des Gewerbetreibenden zu Halle, vom 16. Januar d. J., und 2) des Magistrats zu Pritz, vom 24. Januar d. J., wegen Aufhebung der Gewerbesteuer. In denselben wird, unter Hervorhebung verschiedener Mängel und Unzuträglichkeiten der durch das Gesetz vom 30. Mai 1820 eingeführten Gewerbesteuer, die Aufhebung dieser Steuer mit Hinweisung auf die Einkommensteuer beantragt, durch welche der durch die Aufhebung der Gewerbesteuer für die Staatskassen entstehende Ausfall gedeckt werden könne. Durch die Einkommensteuer, welche erst bei einem jährlichen Einkommen von 1000 Thlr. eintritt, und daher die meisten Gewerbetreibenden nicht trifft, ist aber nach Ansicht der Kommission eine über den etatsmäßigen Betrag hinausgehende Mehreinnahme von 2,500,000 Thln., welche durch die Gewerbesteuer aufgebracht werden und für den Staatshaushalt unentbehrlich sind, nicht zu beschaffen; sie trägt deshalb darauf an: die Kammer wolle über diese Petitionen zur Tages-Ordnung übergehen. (N. 3.)

Deutschland.

Karlsruhe, 13. März. Nachdem bereits vor einiger Zeit die zweite badische Kammer ihre Wünsche für den Fortbestand des Zollvereins in einer sehr bestimmten protokollarischen Erklärung ausgesprochen hatte, ist nunmehr auch von der ersten Kammer eine Aeußerung darüber erfolgt. Gelegenheit hierzu gab die Berathung des Budgets des Finanzministeriums. Die betreffende Kommission hat sich darüber mit folgenden Worten ausgelassen: „Könnten wir über das Fortbestehen dieses Vereins im Zweifel sein, so würden wir eine solche Erklärung zu Protokoll gleichfalls beantragen; allein dieser Verein hat sich, wie wir glauben, seit der ziemlich langen Zeit seines Bestehens so sehr mit den Interessen aller seiner Mitglieder ver wachsen, daß derselbe wohl eine größere Ausdehnung gewinnen, allein nicht wird aufgehoben werden können. Wir haben auch das Vertrauen zur großherzoglichen Regierung, daß sie in dieser Beziehung nichts versäumen werde, was das Interesse des Landes gebietet.“

Aus Thüringen, 13. März. Seitens unserer Regierungen wird man, wie dem „Fr. J.“ geschrieben wird, mit Preußen in dem Zollkongress ganz entschieden dahin stimmen, daß in keinerlei Unterhandlungen mit Oesterreich über einen Handelsvertrag mit dem Zollverein und eine spätere völlige deutsche (resp. österreichisch-deutsche) Zoll- und Handelsvereinigung eingegangen werde, bis der Zollverein in seiner erweiterten Gestalt längere Zeit bestanden und hinlängliche Erfahrungen darüber gemacht haben wird, was er im Stande wäre, Oesterreich zu bieten oder von demselben entgegen zu nehmen.

In dem Frankfurter Intelligenzblatt, das bisweilen gut unterrichtet ist, lesen wir: Aus guter Quelle geht uns die Mittheilung zu, daß die Herzogin von Orleans, von dem jungen Grafen von Paris begleitet, im Monat Mai eine Zusammenkunft mit dem Herzoge von Bordeaux (Grafen Chambord) in Wiesbaden haben wird. Die bedeutendsten orleanistischen und legitimistischen Notabilitäten würden sich dort einfänden. Herr Thiers, hat, dem Vernehmen nach, bereits in Wiesbaden eine große Wohnung gemiethet.

Leipzig, 17. März. An der hannoverschen Flottenkonferenz wird, wie die sächsische Constitutionelle Zeitung hört, sächsischerseits Staatsminister v. Beust theilnehmen.

Hamburg, 17. März. Die Lübecker Bürgerschaft berieth und genehmigte in ihrer vorgestrigen Sitzung einen vom Senate eingebrachten Gesetzentwurf über Einführung der Civilehe.

In Kiel findet heute der letzte Akt der Ablieferung der Militär-Archive und Effekten an die Dänen statt. — Die Wahl des bekannten Grafen Reventlow-Fersbeck zum Klosterprobst in Preetz wird jetzt in der That in Kopenhagen nicht zur Bestätigung geeignet befunden. — Auch soll der dänische Kriegsminister gegen die Konstituierung des Wasserbaudirektors Christensen als Oberwegebauten für Holstein Einsprache erhoben haben.

Im dänischen Folkething hat, in Anlaß der Verhandlung der Barfoed'schen Interpellation, betreffend die bekannte rendsburger „Grenzregulierungs-Kommission“, die Eiderpartei von Neuem eine Niederlage erlitten. (H. N.)

Altona, 15. März. Wie wir mit Bestimmtheit vernehmen, werden nächstens dänische Ingenieure in Rendsburg eintreffen, um den Plan zur Befestigung dieses Ortes nach dem Süden aufzunehmen. — An Waffen und Montirungsgegenständen wurden an die Dänen abgeliefert: 50,000 Stück Schießgewehre, darunter 15,000 Spitzkugelgewehre, das Stück à 45 Mark Courant, 80 Stück Feldgeschütze und 300 Festungs- und Belagerungskanonen, 34,000 Kalbfell-Tornister, 25,000 Pickelhauben, 30,000 Mäntel, 11,000 Waffenröcke, 40,000 Säbel, 20,000 Ellen Commistuch, 2000 Ellen Distinktionstuch, 20,000 Ellen Leinen und Stouts, 30,000 Patronentaschen, 30,000 Dressjacken und eben so viele leinene Hosen, 1500 Kavalleriehelme u. s. w. u. s. w. Alle diese Uniformirungsgegenstände werden nach Kopenhagen geführt und dafür dänische Uniformen zurückgebracht. Auch eine sehr bedeutende Quantität von Pulver und Blei ist mit überliefert worden. (M. 3.)

Oesterreich.

O. C. Wien, 16. März. [Finanzielles.] Die heutige „Wiener Zeitung“ bringt einen amtlichen Ausweis über den Papiergeldumlauf in den Monaten Januar und Februar l. J. Die dreiprozentigen Kassenanweisungen mit Zwangskours und die Anweisungen auf die Landeseinkünfte Ungarns (welche beide Klassen Staatspapiergeld ganz zurückgezogen und getilgt werden) haben sich im Monate Februar darnach um beiläufig 5 Millionen, die verzinstlichen Reichsschatzscheine um den gleichen Betrag vermindert; dagegen haben die unverzinstlichen Reichsschatzscheine um 5 Millionen zugenommen, so daß eine Verminderung des Staatspapiergeldes mit Zwangskours im Februar um 5 Millionen Gulden beiläufig stattgefunden hat. Der Umlauf der Münzscheine ist ferner im Februar um 1,300,000 Fl. C. M. vermindert worden; es hat somit in diesen Monaten eine Verminderung von mehr als 6 Millionen Gulden im Gesamtumlaufe des Staatspapiergeldes neben einer gleichzeitigen Verminderung von 3 Millionen Gulden in Banfnoten sich ergeben. Die gesammte Verminderung des Papiergeldumlaufes betrug demnach im Februar 9 Millionen Gulden — ein immerhin namhaftes und befriedigendes Resultat.

Bei der 16. Verloosung deutscher Münzscheine am 16. April (?) ist die Serie E4 mit Scheinen zu 10 Kr. C. M. gezogen worden. Hiernach kann jeder dieser Münzscheine vom 16. Mai ab gegen 6 Kr. C. M. in Silber- und 4 Kr. C. M. in Kupferscheidemünze bei den dazu bestimmten Verwechselungskassen umgetauscht werden.

L. N. Wien, 17. März. [Tagesbericht.] Am 14. d. hat der Kaiser die beiden Großfürsten Nikolaus und Michael zu Obersten-Inhabern, Ersteren des vakanten Husaren-Regiments Nr. 2 und Letzteren des vakanten Linien-Infanterie-Regiments Nr. 26 ernannt, wonach diese Regimenter deren Namen zu führen haben. Die Anwesenheit der Großfürsten zieht eine lange Reihe von Festen nach sich. Vorgestern war große Hofstafel, welcher eine große Zahl von Civil- und Militär-Autoritäten beiwohnten. Gestern fand die zweite theatralische Vorstellung im Rittersaale der Burg statt. Eine zweiaktige Komödie „Un mari qui se derange“ ward von der Fürstin Clary, Fürstin Auersperg, Marchesa Strozzi, dem Baron D'Sullivan, den Fürsten Clary und Jablonowsky und einem Sekretär der belgischen Gesandtschaft ausgeführt. Eine burleske Scene, eine Art Gefangensquodlibet „le père Michel aux Italiens“ ging der Komödie voran. Hierauf ward eine Reihe von Kammer- und Nationaltänzen im glänzendsten Kostüme von 40 Paaren ausgeführt, die gleichfalls dem Kreise der höchsten Aristokratie angehören. Die Maskenspiele des Intermezzo waren eben so geistvoll als humoristisch und glänzend. — Gestern Nachmittag fand die große Revue statt, wozu 25000 Mann ausrückten. Das Ganze dauerte $\frac{3}{4}$ Stunden. — Auch die Erzherzoginnen Sophie und Marie wohnten der Parade bei. Der Kaiser gab der Mannschaft eine dreitägige Gratistlohnung.

Der Militär- und Civilgouverneur von Siebenbürgen, Fürst Karl von Schwarzenberg, hat unter Leitung des Obersten Baron Hayde eine Kommission von Offizieren zusammenberufen, welche den Feldzug in den Jahren 1848 und 49 in Siebenbürgen mitmachen, damit diese die Ergebnisse dieses Feldzuges für den Druck zusammenstellen.

Die Verhandlungen, welche zwischen der österreichischen Regierung und der schweizer Bundesregierung im Gange sind, und hauptsächlich die Flüchtlingsfrage betreffen, sind so ziemlich als beendet anzusehen, da sich die Bundesregierung für die Wünsche des kaiserlichen Kabinetts ausgesprochen haben soll. Die nächste Folge davon wäre, daß auch die Differenzen mit Frankreich beigelegt werden, da die Schweiz wohl nicht anstehen wird, die gleichen Maßregeln, die sie rüchlich der Sicherstellung der deutschen Länder anwenden wird, auch auf die französischen Flüchtlinge auszu dehnen, falls diese tollkühn genug wären, die Ruhe in Frankreich durch ihre Umrirbe stören zu wollen. Bekanntlich hatte der Bundesrath gleich nach Empfang der österreichischen Noten eine Kommission aus seiner Mitte gewählt, welche die Flüchtlingsangelegenheit zu beraten hatte, um in kürzester Zeit darüber einen Bericht zu erstatten. Die Kommission hat nun ihre Beratungen geschlossen und den verlangten Bericht erstattet, in dem sie sich für die unverzügliche Internirung der Flüchtlinge ausspricht. — Dieselbe dürfte denn nun auch auf das Strengste gehandhabt werden.

Ueber die vermeintliche Rehabilitirung mehrerer während der Josephinischen Periode aufgehobenen Klöster läßt sich der „Blahovest“ also vernehmen: „Mehrere Zeitschriften haben öfters darauf hingewiesen, daß sich die römische Kurie eifrig bemüht, die unter Kaiser Joseph II. in Oesterreich aufgehobenen Klöster (es wurden deren bekanntlich 624 aufgehoben) zu restituiren. Sie behaupten sogar, daß zu diesem Zwecke der Prälat Amatori nach Wien abgesendet worden wäre. Sie gaben auch die

Klöster an, die zuerst restaurirt werden sollten, und unter diesen namentlich das Kloster zu Dsek in Böhmen. Wir sind aber in der Lage erklären zu können, daß alle diese Nachrichten, bis auf eine einzige, auf reiner Erdichtung beruhen. Bekanntlich wurde das Kloster zu Dsek nie aufgehoben und bedarf demnach auch keiner Restitution. Dasselbe besteht und blüht fort durch den Geist der Religion, der Bildung und der klösterlichen Disziplin. Was aber die Restituierung anderer Klöster anbelangt, so versteht es sich von selbst, daß die römische Kurie die Zeitumstände besser zu würdigen weiß, als so manche Journalisten. Woran es ihr vor Allem liegt, das ist die innere Erneuerung und die geistige Erhebung der vorhandenen Klöster und Mönchsorden. Und zu diesem Zwecke soll der päpstliche Prälat Amatori Oesterreich besuchen.“

Die Erzherzogin Sophie übersendete dem F. M. Radecky zu seinem Namenstage einen in Bronze gearbeiteten Schwanstein, geziert mit dem Brustbilde des Kaisers (?) en miniature auf Eisenbein gemalt, unter welches die hohe Frau eigenhändig folgende Zeilen schrieb:

„Der Du gedeckt den Kaiserat,
Du, Gottes starker Heldenschild,
D werd' der Mutter Dank gewahr,
In ihres Herrn und Kindes Bild!
Dein Vateraug' sich d'ran erkeu',
Bis daß, vom Reich beweint, es bricht,
Und dir der Herr für Deine Treu
An's Schwert den ew'gen Lorbeer slicht.“

Rußland.

Kalisch, 13. März. [Verschiedenes.] Mancherlei Vorbereitungen, welche gegenwärtig in Warschau getroffen werden, deuten auf die nahe bevorstehende Ankunft Sr. Maj. des Kaisers hin. Es heißt, der Kaiser werde sich sodann von Warschau aus vorerst nach Berlin begeben, wohin soeben der Hofceremonienmeister des Kaisers, Fürst Sergius Sagarin, gereist ist. — Das Lager bei Warschau wird erst in einigen Wochen von den Truppen bezogen werden. Zu den Truppen, welche dieses Lager bilden werden, gehören unter anderen auch das bekannte Jägerregiment Kostromski und das Infanterieregiment Großfürst Wladimir. — Der Kaiser hat in neuerer Zeit mehrere Verordnungen ergehen lassen, welche in verschiedenen Verwaltungszweigen Vereinfachung des Geschäfts und Verminderung der Ausgaben bezwecken. — General Krukowski, welcher am 22. Januar d. J. in dem blutigen Gefechte in der Tetschna am Kaukasus fiel, ist ein geborner Pole. — Der Chef der mobil gemachten Kosakenregimenter, Gen.-Lieutenant Kuzniecsoff, ist in Lowitsch eingetroffen. — Zu den von der Regierung projektirten Eisenbahnen gehört jene von Dnessa nach Kiew und weiter nach Bohnia, und dieselbe dürfte nach Vollendung der St. Petersburg-Warschauer Eisenbahn in Ausführung kommen. Gerade jene Länderstrecke, welche die projektirte Eisenbahn durchschneiden würde, hat auch in diesem Jahre einen Ueberfluß an Getreide, aber in Ermangelung guter Fahrstraßen und Verkehrsmittel kann dieses Getreide weber in den Handel gebracht, noch den dürftigeren Gouvernements zugeführt werden. Die Regierung beabsichtigt deshalb, jenen Provinzen eine gute Erwerbsquelle zu eröffnen, und es ist gewiß, daß sich dann auch die Agrikultur in jenen Gegenden noch bedeutend heben wird. (K. Bl. a. B.)

Frankreich.

Paris, 15. März. [Carnots Wahl.] Carnot hat über seinen Mitbewerber, den Regierungskandidaten Moreau den Sieg davon getragen. Dies Resultat, welches gar keinen praktischen Effekt hat, weil es ziemlich gleichgültig, ob von 261 Mitgliedern des Corps legisl. fünf oder sechs Oppositions-Mitglieder sind — war vorauszu sehen, und es war daher eine doppelte Ungeschicklichkeit der Regierungsblätter, welche erklärten: den Herrn Carnot seine Stimme zu geben, hieße das Botum vom 20. Dezember und 29. Februar widerrufen und Alles in Frage stellen, was durch den 2. Dezember entschieden worden sei.

Die Regierung selbst hat also der Wahl eine moralische Bedeutung zugewiesen, welche im Grunde nicht darin liegt. In Paris selbst hat man sich wenig oder gar nicht darum gekümmert.

Gegen Mitte April wird auf dem Marsfeld eine große Revue Statt finden, wobei der gesammten Garnison von Paris ihre neuen Adler übergeben werden sollen. Sechzig Regimenter aller Waffen, die gegen 100,000 Mann zählen, werden sich dazu vereinigt finden.

Nächsten Sonntag wird eine große Heerschau abgehalten, wozu nur ein Theil der Garnison beordert ist.

Donnerstag wird der Appellhof über die Berufung entscheiden, die gegen das Urtheil in der Sache des Hrn. Bocher eingelegt ist.

Wie man vernimmt, soll die Zahl der Marschälle vermehrt werden, und ehestens die Generale Magnan, Baraguay d'hilliers und Castellane zu dieser Würde erhoben werden.

In unterrichteten Kreisen widerspricht man dem Gerüchte als hätte Graf Chambord durch ein Schreiben die Legitimisten aufgefordert, nicht den verlangten Eid zu leisten.

Die bekannten Dichter Pierre Dupont und Lachambaudie sind noch in Haft. Ihre Freunde hoffen noch immer auf ihre Befreiung.

Der „Constitutionnel“ veröffentlicht eine Rechtfertigung des Dekrets gegen die Orleans. Er zeichnet sich wenigstens von den frühern Parteischriften dadurch aus, daß er mit Anstand die Frage behandelt, und selbst den Protest der Testaments-Erfolgtoren und das Daneschreiben der Orleansprinzen an dieselben veröffentlicht. — Von Air berichtet man, daß der Präsident des Civil-Tribunals von Barcelonnette und der Vicepräsident des Tribunals der ersten Instanz von Digne des Landes verwiesen worden. Mit der Unabhängigkeit des Richteramts scheint es aus zu sein.

Schweiz.

Basel, 13. März. Es ist hier ein Transport von ungefähr 200 Flüchtlingen angekündigt, welcher aus Genf kommen wird. James Fazy hat sich also den Anordnungen des Bundesraths gefügt. — Die waltiser Regierung hat aufs Neue Versteigerung einiger Güter des St. Bernhard-Hospizes angeordnet. Dagegen erläßt das Kloster durch seinen Delegirten, Hrn. Et. eine öffentliche Protestation. Es heißt, die französische Regierung sei gesonnen, diesen Verkauf nicht zu dulden. — (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

Der „Nouveliste vaudois“ veröffentlicht in seiner Nummer vom 13. d. M. die bundesrätliche Antwort auf die französische Note vom 24. Januar in extenso. Bezüglich der französischen Rückantwort bemerkt der „Nouveliste“, sie enthalte verschiedene Vorwürfe und drohende Insinuationen für die Zukunft, ziele aber nichts desto weniger auf eine friedliche Beilegung der obwaltenden Differenz ab. — Den 11. d. M., früh gegen halb 5 Uhr, wurde in Graubünden ein starker Erdstoß in der Richtung von West nach Ost verspürt.

Belgien.

Brüssel, 15. März. [Interpellation wegen der Fortifikationen zu Antwerpen.] In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer interpellirte Herr Dsy den Kriegsminister in Betreff der Fortifikationen zu Antwerpen, die er für eben so kostspielig als beunruhigend für die Einwohner hält. Er schlägt den Supplementarkredit für die Rüstungen wohl auf 11 Millionen an und beantragt, daß das Anleihen von 27 Millionen, das man für öffentliche Arbeiten votirt, für die durch die Umstände benötigten Rüstungen verwendet werden möge. General Annoul erwiderte darauf im Wesentlichen Folgendes: Die bei Antwerpen zu errichtenden Werke bestehen aus vier einfachen detaschirten Forts, die dazu dienen sollen, die Vorstadt Vorgerhout zu schützen. Die Spezialkommission hatte bereits früher Anträge dazu gestellt; die große Militärkommission hat im vorigen Jahre diese Vorschläge wieder aufgenommen und jetzt handelt es sich darum, sie in Ausführung zu bringen. Was die Arbeiten an der Lête de Slandres anlangt, so bestehen sie in einem geschlossenen Werke, welches gegen 435,000 Frs. kostet. Dieser Bau ist dazu bestimmt, die alten unbrauchbaren Fortifikationen zu ersetzen, so daß man in manchen Fällen nicht nöthig hat, das Land unter Wasser zu setzen und den Deich zu zerschneiden. Hr. Delfosse hält die Interpellationen für eben so voreilig als zwecklos. Seines Dafürhaltens wäre es unzeitgemäß, unter den jetzigen Verhältnissen die Vorschläge der Militärkommission zu veröffentlichen, die Dsy beantragt.

Großbritannien.

London, 15. März. [Wahlen. — Disraeli. — Vermischtes.] Am Sonnabend ist in Kildare der Rival von Lord Naas, der liberale, oder wie selbst seine Freunde sagen, ultraliberale Mr. Cogan gewählt. Man sagt, Mr. Napier wird dem edlen Lord seinen Sitz für die Universität räumen, und dafür an die Stelle von Mr. Justice Torrens zum Oberrichter erhoben werden.

Der Examiner will aus guter Quelle wissen, daß die plötzliche Abreise des Grafen und der Gräfin Walewski ihren Grund in den unziemlichen Noten des Herrn de Turgot ans britische Cabinet hatte; letzteres ersuchte das Elysee um Aufklärungen über die Absichten L. Napoleon's gegen die Schweiz und erhielt die ungenirte Weisung, sich in „fremde Angelegenheiten“ nicht einzumischen, so daß der französische Gesandte hier es für nöthig hielt, seiner Regierung persönlich vorzustellen, daß seine Stellung in London durch Herrn de Turgot's Noten unhaltbar werde. — Graf Walewski wird übrigens in diesen Tagen zurück erwartet.

Im auswärtigen Amte ereignete sich vor wenigen Tagen ein Zufall, der leicht hätte traurig enden können. Carl Malmesbury, der neue Staatssekretär des Auswärtigen, sollte um 3 Uhr eine Zusammenkunft mit dem österreichischen Gesandten haben. Se. Excellenz fand sich zur bestimmten Stunde in Downing Street ein, aber Graf Malmesbury, der durch unvorhergesehene Hindernisse abgehalten war, das Rendezvous einzuhalten, ließ den Gesandten bitten, ihn eine Stunde später zu erwarten. Zwischen 3 und 4 Uhr aber stürzte die Decke des Gemachs, in welchem die Besprechung hätte Statt finden sollen, mit einem furchtbaren Krachen ein. Das Zimmer war leer, es wurde Niemand beschädigt.

Der geistliche Herr, der vor wenig Wochen mit Lady Bane, der Tochter des Marquis of Londonderry, durchgegangen war, scheint sich mit seinem Schwiegervater ausgesöhnt zu haben, und erhält eine Jahresrente von 600 Pfd. Allerdings eine kleine Mitgift für eine Lady aus großem Hause, aber die Vermögensverhältnisse des Marquis sind seit lange schon sehr zerüttet.

Die Häupter der Protektionistenpartei, nachgerade überzeugt, daß es zu einer Parlamentsauflösung kommen muß, bereiten sich für die allgemeine Wahl vor, und thun, bei allem Schimpfen, gerade dasselbe, was die Freihändlerliga thut, d. h. sie subscribiren Geld, um der bevorstehenden Agitation unter die Arme zu greifen. Im Carlton-Klub wurde zu diesem Zwecke eine bedeutende Summe gezeichnet. Es wird ein Geldkampf zwischen den Tories, den Whigs und Cottonlords werden, dessen Ausgang nicht schwer zu errathen ist.

Als Beweis, daß der Landadel, trotzdem er in Disraeli gegenwärtig seinen genialen Heiland erblickt und nothgedrungen verehren muß, den neuen Schatzkanzler doch nicht als seinesgleichen behandelt, ihn vielmehr seine plebejische Abkunft bei jeder Gelegenheit bitter fühlen läßt, erzählt der „Observer“, wie Mr. Disraeli in seinem Wahlortte Aylesbury empfangen wurde. Er hatte für sich und seine Gemahlin um eine Wohnung in der Shirehall (einem öffentlichen Gebäude der Grafschaft) angefragt. Es wurde ihm abgeschlagen und bemerkt, daß das Hotel der Stadt gut genug für ihn sei. Bei seiner Ankunft war auch nicht ein Einziger zur Stelle, ihn zu empfangen, kein Wagen in Bereitschaft, und der plebejische Minister sah sich genöthigt, in einem einspännigen Miethwagen nach dem Gasthof zu fahren, wo ihm auch keine Seele irrend eine Aufmerksamkeit erwies. Nicht einem einzigen seiner protektionistischen Freunde war es eingefallen, ihm — wie es doch in England so gewöhnlich ist — eine Wohnung anzubieten, und doch fielen alle diese Demüthigungen auf sie selbst zurück, denn sie mußten am andern Tage dem Gedemüthigten ihre Stimme geben. Sie haben keinen bessern Mann in ihren Reihen. Dieser Plebejer ist der Einzige, um den die Tories von den Liberalen beneidet werden.

* [Transatlantische Post.] Mit dem westindischen Dampfer „Devior“ ist die wichtige Nachricht eingetroffen, daß Rosas vollständig geschlagen ist und sich verkleidet auf ein englisches Schiff geflüchtet hat. Am 3. Februar wurde zwischen Merlo und dem Passo del Rey die entscheidende Schlacht geschlagen. 4000 Mann sollen theils getödtet, theils verwundet worden sein, und die in brasilianische

Dienste übergetretene frühere holsteinische Reiterei den Ausschlag zu Gunsten Urquiza's gegeben haben. Die Armee von Buenos Ayres wurde durch General Pacheco kommandirt, der in der Schlacht geblieben sein soll. Rosas selbst war beim Treffen anwesend und ermunterte im dichtesten Kugeltregen seine Soldaten zum Aushalten. Vergebens. Nachdem seine Reiter im ersten Anlauf von den Holsteinern geworfen waren, konnte die Schlachtordnung nicht wieder wirksam hergestellt werden. Rosas mit seiner merkwürdigen Tochter Manuelita und mehreren Getreuen entkamen an Bord der „Locusta.“ Er war als Matrose, sie als Schiffsjunge verkleidet. In der Hauptstadt kommandirte General Mancilla, der sich erbot, zu kapituliren. Die diplomatischen Agenten der verschiedenen Mächte waren bei den Unterhandlungen behilflich, und so marschirte Urquiza vom 22. Dezember bis zum 8. Januar mit seiner Macht über den Paranafluß. Seine Armee zählte 28,000 Mann Infanterie, 5000 Reiter und 40 Artilleriestücke.

In Pernambuco richtet das gelbe Fieber unter den Kauffahrern im Hafen große Verheerungen an. Auch in Bahia kamen 2 Fälle an Bord eines Holländers vor.

Portugal.

* **Lissabon, 9. März.** [Die Ergänzung des Ministeriums.] Senhor Jervis de Aougna, bisher Minister des Auswärtigen, wird Marineminister, Viscount de Almeida Garrett wird Minister des Auswärtigen, Senhor Fontes Pereira, bisher Marineminister, hat das Portefeuille des Innern übernommen, und Senhor Seabra ist für Kultus und Justiz ernannt. Senhor Aguiar hat die Peerswürde erhalten. Portugal, heißt es, hat seit langer Zeit keine so fähigen Männer an der Spitze der Verwaltung gesehen. Die Versammlung wird erst nach Verhandlung der wichtigsten Vorlagen vertagt werden.

Osmanisches Reich.

O. C. Wien, 16. März. [Die Wiedereinsetzung Reschid Paschas.] Die wichtigste Nachricht der heute hier eingetroffenen levantinischen Post ist die Wiedereinsetzung des zeitherigen Staatsraths-Präsidenten Reschid Pascha in seine frühere Würde als Großvezier der Pforte. Die Angaben aus Konstantinopel reichen bis zum 6. d. M. Der Austritt des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Ali Pascha, und dessen Ersetzung durch Fuad Pascha scheinen mit der Angelegenheit des heiligen Grabes und namentlich mit dem Seitens einer großen theilnehmigen Macht, wie man hört, entschieden abgegebenen Proteste nicht ohne Zusammenhang geblieben zu sein. Auch in anderen Ministerialportefeuilles ward verschiedene Veränderungen entgegengesetzt, da Reschid Pascha nunmehr sich beflissen zeigen dürfte, die Reihen seiner zweideutigen Anhänger oder gar seiner Gegner zu lichten. Aus Beirut wird vom 3. d. berichtet, daß rekrutierungsflüchtige Drusen mehrere Christendörfer überfallen und ausgeplündert haben.

Asien.

Bombay, 17. Februar. Einem Gerüchte zu Folge ist in den ostindischen Besitzungen Portugals eine Emeute ausgebrochen, sofort aber unterdrückt worden.

Songkong, 29. Februar. Zweitausend chinesische Insurgenten sollen Pingschan eingenommen haben.

Provinzial-Beitrag.

** **Breslau, 18. März.** [Abgeordneten-Wahl.] Bei der heute stattgefundenen Wahl waren bei der ersten Abstimmung 203 Wahlmänner anwesend; es erhielten:

Herr Justizrath Gräff 109 Stimmen,
Herr Stadtrath und Syndikus Anders 94 Stimmen.

Bei der zweiten Abstimmung waren 202 Wahlmänner anwesend; es erhielten:

Herr Stadtrath und Syndikus Anders 106 Stimmen,
Herr Professor Dr. Röpell 96 Stimmen,

somit sind zu Abgeordneten für die zweite Kammer gewählt:

Herr Justizrath Gräff,
Herr Stadtrath und Syndikus Anders.

Breslau, 18. März. [Der Unterstützungsverein hilfsbedürftiger Familien der austrückenden Wehrmänner des breslauer Landwehr-Bataillons] hielt gestern Nachmittag 3 Uhr seine statutenmäßige Generalversammlung unter dem Vorsitz des Landwehr-Major Herrn v. Toll im Audienz-Zimmer auf dem Rathause ab. Es hatten sich leider nur sehr Wenige dazu eingefunden, trotzdem vielfach in Zeitungen dieselbe annoncirt war, ein trauriges Zeichen der Zeit. Nachdem des verstorbenen Lieutenant und Stadtraths Herrn Warnke, Vorstandsmitgliedes des Vereins, auf eine ehrenvolle Weise gedacht war, wurde zur Rechnungsablegung geföhrt.

Am Schlusse des Jahres 1850 blieb Bestand 1718 Rtl. 9 Sgr. 2 Pf.

Die Gesamteinnahme im Jahre 1851 beträgt

inkl. neu angelegter Kapitalien 636 = 19 = 6 =

Zusammen 2354 Rtl. 28 Sgr. 8 Pf.

Die Ausgabe für 1851 beträgt:

An neu angelegten Kapitalien 251 Rtl. 6 Sgr. 4 Pf.

An verwechselten Aktiv-Instrumenten 200 = — = — =

An Unterstützungen 216 = 15 = — =

An Insertionskosten 6 = 22 = 6 =

An Verwaltungskosten 12 = 24 = 6 =

Insgesamt — = 20 = — =

Zusammen 687 Rtl. 28 Sgr. 4 Pf.

Mithin verbleibt am Jahres-Abschluss 1851

ein Bestand von 1667 Rtl. — Sgr. 4 Pf.

Am Schlusse des Jahres 1850 war an Bestand

vorhanden 1718 Rtl. 9 Sgr. 2 Pf.

Es hat sich mithin das Vermögen im Jahre

1851 verringert um 51 Rthl. 8 Sgr. 10 Pf.

welches letztere wohl seinen Grund in den Unterstüßungen hat, welche vom Vereine an 171 Familien ausgerückter Wehrmänner im Werthe von 216 Thlr. 15 Sgr. ausgeht worden sind. — Dem Vereins-Rendanten, Herrn Kämmerer-Haupt-Kassen-Buchhalter Weithe, wurde hierauf Decharge und ein Dankesvotum für seine vielen Mühewaltungen von den Anwesenden ertheilt. — Herr Major v. Toll dankte im Namen der Unterstüßten und sprach zugleich in wenigen, aber trefflich gewählten Worten seine Freude über den Zweck des Vereins aus. Er zeigte, wie durch das verfassungsmäßige Gesetz bei Mobilmachungen nur die Frauen und Kinder Unterstüßungen empfangen sollten; der Verein aber nehme auch Eltern und Geschwister der mobilisirten Landwehrlente in seinen Schutz. — Es wurde hierauf zur Wahl des Vorstandes, welcher alle drei Jahre erneuert wird, ebenso zu den Stellvertretern desselben geschritten. Gewählt wurden in den Vorstand die Herren Stadtrath Becker, Polizeirath Vogt und Kaufmann Hildebrandt, zu Stellvertretern die Herren Uhrmacher Steinlein, Schuhmachermeister Berg und Bezirksfeldwebel Knappe. — Werfen wir nun einen Blick auf die Thätigkeit des Vereins in diesem Jahre, so müssen wir eingestehen, daß der Verein seine Schuldigkeit gethan, und sein schönes Ziel, Unterstüßungen denen zu gewähren, die durch eine Mobilmachung ihren Ernährer verloren haben, rastlos verfolgt hat, und auch dieses Ziel im vergangenen Jahre in einem sehr hohen Grade erfüllen konnte.

Breslau, 18. März. [Central-Auswanderungsverein für Schlesien.] Sitzung vom 17. d. M. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt. Tagesordnung: 1. Mittheilungen, 2. Verlesung einer Schilderung des französischen Guiana, 3. Fragelisten.

1. In der Belegung von Texas ist eine Bill eingeführt, worin ein jeder Familienvater, welcher dort vor 1854 einwandert, oder welcher jetzt dort wohnt und kein Landbesitzer ist, 320 Acker, und jeder Unverheirathete 160 Acker vom Staate geschenkt erhält. — Ein Brief aus Texas, von Ed. Peizer in Düsseldorf mitgetheilt, schildert Texas und die Leichtigkeit des Fortkommens daselbst in glänzenden Farben. Der Schluß des Schreibens lautet: Kommt Alle hierher, ich kann diese Aufforderung mit meinem Gewissen verantworten, denn jeder praktische und fleißige Mensch genießt gewiß ein sorgenloses Leben hier. — Durch Mannheim passiren täglich Truppen von Auswanderern, welche über Belgien oder Frankreich nach Amerika gehen. In den Monaten Januar und Februar war die Zahl der Passanten bereits auf 2700 gestiegen. — New-Orleans ist leider von solchen Auswanderern überfüllt, welche der Mangel an Mitteln von der Reise nach dem Innern abhält, daher unter denselben nicht geringe Noth herrscht. In diesem Winter ist seit 13 Jahren wieder zum erstenmale in New-Orleans Schnee gefallen. — Die Auswanderung nach Peru wird nach einem Leitartikel der Rudolstädter Zeitung, abgerathen. — Aus der Schweiz, namentlich aus dem kleinen Kanton Schaffhausen, rüsten sich viele Personen zur Auswanderung. — Ein Schreiben aus N. York deutet wieder einen Fall auf, welchen nichtswürdigen Prellereien Einwandernde ausgesetzt werden. — Ein Bericht von Einwanderern aus Chile stellt namentlich die Bestrebungen der chilenischen Regierung zu Fuß und Frommen der deutschen Einwanderer in ein helles Licht, zeigt aber auch hinzu, daß durch die letzten Unruhen jene Fürsorge nicht wenig behindert worden sei. — Der Vorsitzende zeigte drei Nummern des neugegründeten Organs für Auswanderung, welches unter dem Titel „Panfa“ in Hamburg erscheint, vor, und der Verein beschloß deren Mittheilung, aber auch die Aufgabe der Zeitschrift „Ausland.“

Hierauf theilte der Vorsitzende mit: Ein Gärtner, verheirathet, und mit so viel Mitteln versehen, daß er seine Uebertahrt bestreiten kann, kann sich bei ihm melden.

2. Die Vorlesung über Guiana wurde, als nicht interessant und gemeinnützig genug, abgebrochen.

3. Ist es nicht wünschenswerth, daß Briefe, oder doch interessante und belehrende Stellen aus solchen, abgeschrieben und in der Bibliothek niedergelegt werden? Wird angenommen. — Kann vielleicht Anstalt ertheilt werden, wie es mit dem projektirten Verheirathungs-Comptoir steht? Ein Vereinsmitglied übernahm die Beantwortung, wonach jenes Comptoir in seiner ganzen Richtigkeit dargestellt wurde. Der Vorsitzende erklärte, daß der Auswanderungsverein mit diesem Comptoir in keiner Verbindung stehe und auch mit den Bestrebungen desselben nicht einverstanden sei. Es wird eine besondere Annonce in den hiesigen Zeitungen, resp. Tagesanzeiger, beschloßen. Zugleich theilte der Vorsitzende mit, daß auch er viel überlaufen werde von solchen heirathslustigen — Damen.

Gäste waren 17 eingezehnet. Schluß der Sitzung 9 Uhr.

C. W.

§ Breslau, 18. März. [Einbruch.] In vergangener Nacht wurde das Gewölbe des hiesigen Kaufmanns J. L. Herzog, Altbüßerstraße Nr. 59, durch Nachschlüssel geöffnet und eine Menge darin aufbewahrter Gegenstände entwendet. Unter den gestohlenen Sachen befanden sich 1 Gebett Betten, 1 Tischuhr, 1 zweigehäufige Taschenuhr, messingene Leuchter und andere Geräthschaften. Der Eigenthümer wart mittelst Straßenschnelles vor dem Ankauf und verspricht dem, welcher ihm zur Entdeckung der Diebe behülflich ist, eine angemessene Belohnung.

§ Breslau, 18. März. [Schulnachricht.] Zur öffentlichen Prüfung der hiesigen jüdischen Religions-Unterrichts-Anstalt, welche Sonntag den 21. März im Saale des Elisabeth-Gymnasiums stattfinden wird, ladet Herr Rabbiner Dr. Geiger durch ein Programm ein, dem wir folgende Notizen entlehnen. Die Gesamtzahl der Zöglinge betrug im abgelaufenen Schuljahre 324, wovon 169 weibliche in 4 Klassen und 165 männliche in eben so vielen Klassen unterrichtet wurden. Das Lehrpersonal bestand aus den Herren Dr. Geiger, Dr. Levy und Stud. Bran, welche zusammen wöchentlich 24 Unterrichtsstunden ertheilten. Außerdem erhalten die Konfirmanden während zweier Monate eine wöchentliche dreistündige Vorbereitung zur Konfirmation, so wie noch etwa zwei Monate nach erfolgter Entlassung eine Vervollständigung des Religionsunterrichts und einen Rückblick über das ganze Gebiet desselben. Die Vorrede des Programms schließt mit der Betrachtung: „In einem Staate, der für Erziehung so viel leistet, der die Schulen als Pflanzstätten religiös-sittlicher Bildung erkennt, sollte man erwarten dürfen, daß gesetzliche Bestimmungen den Religionsunterricht einer jeden Konfession fordern und regeln. Soll Frömmigkeit und Bürgertugend, soll freundliche Anerkennung der berechtigten Autorität im religiösen wie im bürgerlichen Leben gedeihen, so muß Geist und Gemüth genährt, nicht verwahrlost und verdummt werden.“

Δ Kiegnitz, 17. März. [Ein Fest. — Der Akademie-Gesangverein.] Gestern trafen Se. Hohheit der Fürst von Hohenzollern-Hechingen mit dem berliner Abendzuge, von Bunzlau kommend, hier ein, um heute das Landwehrstiftungsfest mit begehren zu helfen. Einige Stunden vor ihm war der General v. Stöfer, aus Posen kommend, in gleicher Absicht nach Kiegnitz gekommen. Abends fand großer Zapfenstreich von Seiten der hiesigen Garnison statt, an dem sich ein zahlreiches Publikum betheiligte. Die heutige Feier wurde durch eine solenne Militärparade begangen. Bei derselben sah man auch viele distinguirte Civil-Personen. Um 2 Uhr war ein großes Diner im Gasthose zum Rautenkranz arrangirt, wobei die Wilsesche Kapelle Tafelmusik machte. Toaste und Lieder gaben diesem Theile des Festes eine eben so erhabene als

anziehende Seite. — Heute Nachmittag gegen 5 Uhr fand die Wahl eines interimistischen Dirigenten des Akademie-Gesangvereines statt. Es konkurrierten 5 Kandidaten mit einander, nämlich die Herren: Hofrath Schmieder, Musiklehrer Reber, Kantor Franz, Organist Buhlmann und Lehrer Buchwald. Die Majorität der Stimmen erhielt Hofrath Schmieder.

R. Lähn, 17. März. [Armensteuer. — Bohrversuche.] Zur Beseitigung des Bettelns, hat zu Lähn die Armen-Deputation die Armen ermittelt und die Höhe des Bedürfnisses für einen jeden möglichst unparteiisch festgestellt. Der Gemeinde-Vorstand hat den Beschluß bestätigt. Beide Behörden haben beschloßen, das notwendige Geld durch einen Zuschlag zur Klassensteuer zu beschaffen. In diese allerdings drückende Maßregel wollten sich gegen 40 Bewohner Lähns nicht finden und wurden gestern deshalb vor den Gemeinde-Vorstand citirt, wo sie Belehrungen erhielten und die noch sich Weigernden mit Exekution bedroht wurden.

In dem 3 Meilen von hier entfernten Dorfe Neuland sollen im Frühjahr Bohrversuche auf Sohle gemacht werden; ein etwaiges günstiges Resultat wäre für die ganze Umgebung von großer Wichtigkeit. Wie man hört, will ein kundiger Bewohner Goldbergs hierorts einen nochmaligen Versuch, Braunkohle zu finden, im Sommer unternehmen. Eine frühere Forderung zwischen Lähnhaus und der Stadt, unsern des Bobers, hatte kein genügendes Resultat.

§ Brieg, 18. März. [Explosion. — Vermischtes.] In der Lötbeckeschen Zuckerrübenfabrik ist vorgestern wieder der Dampfessel gesprungen. Von acht Arbeitern, die in der Nähe waren, wurden vier verwundet und außerdem ein Schäfer, der zufällig in der Nähe stand, getödtet. Von den Verwundeten ist gestern bereits einer gestorben, und ein zweiter dürfte auch nicht lange mehr leben; die beiden andern haben Aussicht auf Herstellung. Die Explosion war so gewaltig, daß Eisen- und Ziegelstücke horizontal über 500 Schritte weit fortgetrieben wurden und Zerstörungen im anliegenden Scholzischen Etablissement angerichtet haben. Ob diesmal wieder Unvorsichtigkeit die Ursache des Unfalls gewesen, möchte sich schwer ermitteln lassen. Zunächst dürfte die Anstellung eines Technikers zur Beaufsichtigung der Maschine zu fordern sein.

Nächstes Sonnabend steht uns die Aufführung des Weltgerichts von Schneider durch den Musikverein des Herrn Reiche bevor. Eben so haben wir auch in diesen Tagen die Bürgermeisterwahl zu erwarten. Die königl. Regierung ist vom Gemeinderathe befragt worden, ob der die meiste Aussicht zur Wahl habende ehemalige Bürgermeister Krüger wohl bestätigt werden würde? Die Antwort ist zwar nicht bestimmt bejahend ausgefallen, stellt aber doch die Bestätigung bei übrigens geeigneten Umständen in Aussicht.

Ein hiesiger Literat will eine Schrift „Das poetische Brieg“ herausgeben, welche eine Charakteristik sämmtlicher Dichten unserer Stadt von Logau bis auf Fuchs und Petri enthalten soll.

*** Reife, 17. März.** [Handlungsbdiener-Unterstützungs-Verein. — Musikalisches.] Zu den segensreichen Instituten unserer Stadt müssen wir den Handlungsbdiener-Unterstützungs-Verein rechnen; derselbe feierte am jüngst verfloßenen Sonntag Abend in fröhlicher und gemüthlicher Weise im Gasthof zum „Möhren“ sein Stiftungsfest, bei welchem sich auch eine Anzahl angesehener Kaufleute des Ortes als Gäste eingefunden hatten. — Durch Herrn Organisten E. Ellguth ist die Aufführung der „Schöpfung“ von Haydn für den 30. d. M. angekündigt und die Mitwirkung einer begabten Sängerin aus Breslau, so wie des Gesanglehrers Herrn Sabath und des Studiosus Herrn Kolibay, ebenfalls aus der Hauptstadt der Provinz, in Aussicht gestellt. — Aus hiesigen Blättern erfahren wir, daß der Musikdirektor Herr Reiche für den 20. d. Mts. in Brieg die Aufführung des Dratoriums „das Weltgericht“ von Dr. Schneider veranstaltet hat, wobei ein Musikpersonal von über 200 Personen, so wie Mitglieder der Breslauer Theater-Kapelle thätig sein werden.

¶ Aus dem Kreise Ohlau, 18. März. [Werthvolle Kirchengeschenke.] Anerkennung ist Pflicht und um so mehr, wenn sie namhafte Opfer und löbliche Zwecke zum Gegenstande hat. — Um die Kirchenmusik unserer kombinierten Pfarochie zu heben, haben sich zwei Männer in letzter Zeit ein besonderes Verdienst erworben.

1) Der Fleischermeister Jonathan Müller aus Heidau, derzeitiges Mitglied des Kirchen-Gemeinderaths, welcher 40 Rthl. zur Anschaffung eines Saxes Posaunen und den Kostenbetrag zur Reise des Organisten Reichert nach Breslau, Behufs Ankauf derselben, darbrachte.

2) Der Freibauer Gottfried Schneider, Mitglied des Kirchen-Gemeinderaths zu Hünern, schenkte 12 Rthl. zur Anschaffung zweier Hörner. — Am heiligen Osterfeste sollen diese Instrumente zum erstenmale in Gebrauch genommen werden.

(Notizen aus der Provinz.) * Leobschütz. Am 15. d. M. feierte der hiesige Pfarrer, Dechant, Kanonikus, Schulen-Inspektor und Konsistorial-Rath Herr Anton Stanjek sein 50jähriges Priesterjubiläum. Zum Beweise der Anerkennung seiner vielen Verdienste überreichte ihm die Geistlichkeit einen schönen Kelch im Gewichte von 100 Loth Silber, stark vergolbet; von Seite der Stadt wurde ihm ein geschmackvoller Kronleuchter von Messing, 3 Zentner schwer, übergeben, und von den Elementarlehrern ein silberner Becher. Die jungen Damen hiesiger Stadt hatten ihm einen prachtvollen, 21 Fuß langen und 13 Fuß breiten Teppich geschenkt. Auch die Kirche erhielt einige Zierden. Die Gewerke veranstalteten einen Fackelzug, der Gesangverein brachte ihm ein Ständchen. Die Schüler des Gymnasiums zogen, die Lehrer an der Spitze, mit Fackeln vor die Wohnung des Jubilars und überreichten ihm Gedichte. An der Pfarrkirche glänzte ein bengalisches Feuer. Dies war Sonntag den 14ten. Am folgenden Tage Morgens 9 Uhr begann die kirchliche Feier, an der sich Deputationen der Behörden, eine große Zahl von Geistlichen u. theilnahmen. In seiner Wohnung erhielt er durch den Landrath und fürstbischöflichen Kommissarius die Insignien des rothen Adler-Ordens dritter Klasse. Ein Festmahl schloß die Feierlichkeiten.

† Goldberg. Um die hiesige Armenpflege zu regeln, wurden alle Personen ermittelt, die einer Unterstüßung bedürftig sind, und es fanden sich nicht mehr als 2000 Personen, welche sich nicht selbst erhalten können. — Am 5. d. M. zeigte sich die

ein toller Hund, der leider einen Knaben und mehre Hunde biß. Wann wird man endlich zu durchgreifenden Maßregeln schreiten, um diesen immerfort sich erneuernden Unglücksfällen vorzubeugen?

Δ Hirschberg. Der christkatholischen Gemeinde ist bekanntlich von dem Magistrat das ihr früher zu den Versammlungen bewilligte Konferenzzimmer auf dem Rathhause entzogen worden. Die Gemeinde hat nun im Saale des Schießhauses am 14. d. M. ihren Gottesdienst abgehalten und wird sich von jetzt ab dort versammeln. Herr Bogtherer aus Schmiedeberg wird den Gottesdienst leiten. — Der Winter herrscht bei uns noch vollständig, oder ist vielmehr jetzt erst bei uns recht gründlich eingetreten. In den Hohlwegen und namentlich in den höheren Gebirgs-Partien haben sich ungeheure Schneemassen aufgehäuft. Der Schneefall war von heftigem Winde, ja Sturm begleitet, daher auf den Chausseen keine Schlittenfahrt in unserem Gebirge; höher hinauf, von Landeshut nach Waldenburg und nach der böhmischen Grenze, so wie im Gebirgsdistrikt in Böhmen ist gute Schlittenbahn. An unserem Riesengebirgszuge hin liegt viel Schnee, alle Gebirgsdörfer sind reichlich damit versehen, seine Höhe beträgt 3 bis 4 Fuß. Dabei hatten wir, namentlich in der Nacht vom 13. zum 14. März eine Kälte, wie wir sie diesen Winter noch nicht hatten. Der Thermometer fiel in der Mitternacht an lustigen Orten bis auf 15° unter 0. Am 14. März Morgens um 8 Uhr zeigte derselbe eine Kälte von 10 Grad an. — Um dem überhandnehmenden Nothstande vorzubeugen, ergreift die königliche Regierung die kräftigsten Maßregeln. Namentlich sollen die umfassenden Chaussee-Bauten in unserem Kreise den Nahrunglosen Beschäftigung und Unterhalt gewähren. So z. B. der beabsichtigte Umbau der Goldberg-Haynauer Chaussee auf den beiden Abschnitten am Kapellenberge und am Radtschin, ferner bei dem dritten Abschnitte dieser Chaussee bei poln. Hundorf. Ferner wird der Fortbau der Warmbrunn-Neuwelter Chaussee in Angriff genommen werden, wozu bereits Geldmittel vorhanden. Hierzu tritt noch, daß die Pflasterung des ganzen Chausseezugs durch die Stadt Schmiedeberg aus Staatsfonds übernommen worden und der Bau beginnen wird, sobald die Stadt Schmiedeberg sich zur ratenweisen Zahlung des von ihr zugesicherten Beitrags von 500 Rthl. verständigigt. Auch steht der Bau einer Kreisstraße in Aussicht, wenn die obigen Arbeitsgelegenheiten nicht ausreichend zur Befriedigung des möglichen Arbeitsbedürfnisses sein dürften. — Auch die Armenpflege ist auf die zweckmäßigste Weise organisiert worden. — Am 1. März erhing sich ein ehemaliger Bleichermeister zu Schmiedeberg. Derselbe war allmählig herabgekommen, bis ihm das Aufhören des Bleichens seinen Brot-Erwerb gänzlich raubte. Alt und steif geworden, fing er an, Besen zu binden, dies ernährte ihn jedoch nicht, und er soll einen von ihm geschriebenen Zettel hinterlassen haben, worauf er bemerkte, daß er den Selbstmord aus der bittersten Noth begehre. — Am 26. d. M. wird der Verein zur Beförderung der Musik in Gemeinschaft mit dem Eschdel'schen Gesang-Verein zum Besten der hiesigen Ortsarmen ein Konzert veranstalten. Der hiesige dramatische Verein wird den 20. März für einen wohlthätigen Zweck, die Operette „Fanchon“ aufführen. — Der Sparverein wird am 19ten eine General-Versammlung abhalten, in welcher die Frage entschieden werden soll: ob und wie der Verein fernerhin bestehen soll? Es wäre sehr zu bedauern, wenn ein so segensreiches Institut eingehen sollte.

— Gleiwitz. Bei den am 11. und 12. d. M. stattgehabten Ersatzwahlen für den Gemeinderath ist in der 3ten Wahl-Abtheilung für Niemanden, in der 2ten nur für den Buchhändler Herrn Redull und Zimmermeister Hrn. Schulz und in der 1sten nur für den Gymnasial-Oberlehrer Hrn. Dr. Spiller die absolute Majorität erreicht worden, es sind demzufolge für den 24. und 26. d. M. weitere Nachwahlen anberaumt worden. — Der hiesige Gemeindevorstand scharft in einer Bekanntmachung die Innehaltung der gesetzlichen Bestimmungen in Bezug auf die Reinlichkeit der Straßen ein.

— Glaz. In dem hiesigen Kreisblatt wird davor gewarnt, an bewohnten oder sonst von Menschen besuchten Orten Pulver abzubrennen oder zu schießen. Die Ortsbehörden werden ernstlich aufgefordert, dergleichen Unfug zu inhibiren. — Die nächste Schwurgerichts-Periode beginnt am 29. März und wird ungefähr bis zum 8. April dauern. Die Anklagen, die hier zur Verhandlung kommen, lauten auf: Schwere Mißhandlung einer Stieftochter, Abtreibung der Leibesfrucht, vorsätzliche Brandstiftung, auf Urkundensfälschung, auf Verleumdung von Militärpersonen durch die Presse und Störung des öffentlichen Friedens durch Anreizung zum Hass gegen dieselben (Angeklagter J. M. Peteri zu Schweidnitz), auf Veruntreuung von Kassengeldern unter Verfälschung der Belege und auf mehre Betrügerien durch Fälschung öffentlicher Urkunden (Angeklagter Post-Expedit Bernhard zu Landeck), auf Meineid, auf Raubmord, auf thätliche Widersetzlichkeit gegen einen Forstbeamten, auf Unzucht; die übrigen und meisten Anklagen lauten auf Diebstahl. — Dienstag den 16. d. M. wird in unserm Landhaus-Saale „Die Eroberung von Konstantinopel“, Oratorium von J. Taubitz, aufgeführt.

— Grottkau. Am 5. d. M. ist im hiesigen Kreise ein 12—13jähriger Knabe aufgegriffen worden, dessen Heimath man nicht kennt. Derselbe ist schon seit Jahren bettelnd umhergezogen.

* Grünberg. Das hiesige „Kreisblatt“ enthält einen sehr beachtenswerthen Artikel von Hrn. Amtsrath Gumprecht über Benutzung der Braunkohle als Düngungsmittel. Das Verfahren ist kurz folgendes. Man lege große Haufen von Braunkohle an, grabe in dieselben Gruben, und gieße gute Jauche darauf. Man muß alles kehricht, alle Holzasche, gelöschten Kalk (Kalkhydrat), Seifensiederasche, kurz alle nur mögliche Abgänge, welche die Wirtschaft hergiebt, damit vermengen und so einen Compost bilden, welcher der Mergung halber einigemal umgestoßen werden muß. Ist diesem Verfahren aber die Lokalität nicht günstig, so streue man die Braunkohle geradezu auf die Düngersstätte und lasse sie, mit dem Stroh haltenden Stalldünger, vom Vieh nicht durchtreten.

— Muskau. Seit dem 16. Februar erscheint hier wöchentlich 2 mal der „Lausitzer Anzeiger“, ein gut redigirtes Blatt, welches zweckmäßige Auszüge aus den politischen Nachrichten, Artikel über kommunale, gewerbliche u. Interessen enthält und auch mancherlei Unterhaltungsstoff darbietet. Besonders ist es anzuerkennen, daß es über den Fortgang der schlesischen Industrie-Angelegenheit zahlreiche und zusammenhängende Berichte liefert. Es dürfte wohl zu den besten Wochenblättern der Lausitz zu zählen sein. — Am 8. März wurden hier selbst die Gemeinderaths-Wahlen vollzogen. Es wurden zu Gemeinderaths-Mitgliedern gewählt die Herren: Kaufmann Schmidt, Gastwirth Hoffmann, Kaufmann Rasch, Schuhmachermeister Mahling, Gastwirth Kotschote, Kaufmann Sallmann, Schneidermeister Winkler, Tischlermeister Kup-

fer, Ackerbürger Stupka, Baron v. Puttkammer, Schuhmachermeister Möbus, Schuhmachermeister Werner.

Sprechsaal.

Ein dringender Ruf an alle Menschenfreunde.

M. Breslau, 15. März. [Verein zur Abschaffung der Bettellei.] Schon wieder ein neuer Verein? Haben wir nicht wohlthätige Vereine genug? werden Manche fragen, und! dennoch ist die Errichtung und allgemeine Verbreitung des so eben benannten Vereins dringend zu wünschen.

In den Städten und auf dem Lande klagt man über die anwachsende Bettellei, überall fühlt man das Lästige dieses heillosen Unfuges, überall weiß man, wie demoralisirend das Betteln auf die bedürftigen Volksklassen wirkt, und dennoch legt man noch an vielen Orten träge die Hand in den Schooß und erwartet die Abhilfe allein von den Behörden.

Die Behörden können aber allein nicht diesem Unfuge steuern, sie können es nur dann, wenn sie von den Mitgliedern der Gemeinde aufs Kräftigste unterstützt werden, und dies dürfe am zweckmäßigsten durch Errichtung eines Vereins geschehen, dessen Zweck und Thätigkeit sogleich in wenigen Umrissen bezeichnet werden soll.

Der Zweck des Vereins ist schon ausgesprochen, er ist: Abschaffung der Bettellei.

Um diesen Zweck zu erreichen, verpflichtet sich jedes Mitglied: Unter keinen Umständen einem Bettler etwas zu verabreichen.

Damit aber die Ausübung des Mitleids und der Menschlichkeit nicht beschränkt werde, zahlt jedes Mitglied (statt der vereinzelt Gaben an Bettler) Beiträge zur Vereinskasse.

Aus dem Vereine bildet sich theils durch Wahl, theils durch freie Meldung ein Ausschuß, welcher die Armenpflege übernimmt.

Der Ausschuß besteht aus Männern, die neben dem innigen Mitgefühl für die Noth der ärmeren Klassen auch die Ausdauer, die Zeit, mit einem Worte die Eigenschaften und Mittel besitzen, welche das schwere Amt der Armenpflege erfordert.

Die einzelnen Mitglieder des Ausschusses müssen ihre Wohnungen in den verschiedenen Theilen der Stadt haben, so daß, wenn irgend möglich, in jedem Bezirke ein solches Mitglied des Ausschusses (Kommissar) wohnt. Ein leicht in die Augen fallender Anschlag (Tafel oder Schild) an der Hausthüre oder an der Hausfront bezeichnet genau und deutlich die Wohnung eines solchen Kommissars.

Jeder Bettler wird ohne Unterschied an den Kommissar (Ausschuß-Mitglied) des betreffenden Bezirkes gemiesen.

Der Kommissar prüft

a) die Bedürftigkeit und Würdigkeit des Bettlers.

b) Je nach Maßgabe des Resultates dieser Prüfung läßt er

- 1) entweder dem Bedürftigen aus der Vereinskasse augenblicklich eine Unterstützung zukommen; oder
- 2) er sorgt für eine gründlichere Abhilfe der Noth durch Zuweisung von Beschäftigung u. c.; oder
- 3) er vermittelt die Ueberweisung an die öffentlichen Armen- oder die zweckentsprechenden Privat-Wohlthätigkeits-Anstalten; oder
- 4) er weist ihn nach Befinden der Umstände gänzlich ab.

Mitglied des Vereins ist Jeder, der sich verpflichtet, keinem Bettler ein Almosen zu geben, sondern dafür einen, selbst den kleinsten Beitrag, sei es monatlich, vierteljährlich oder jährlich zahlt. Oder will man dem Vereine die größtmögliche Verbreitung geben, so ist nicht allein der Beitrag Zahlende, sondern überhaupt schon Jeder Mitglied, der sich verpflichtet, keinem Bettler Almosen zu verabreichen, sondern ihn an den betreffenden Bezirks-Kommissar zu verweisen.

Die hier angeführten Bestimmungen können natürlich nur Andeutungen für die Abfassung der Vereins-Statuten enthalten, es muß dem Vereine selbst vorbehalten bleiben, dieselben genauer zu fassen, Einzelnes zu beschränken oder auch zu erweitern.

In vielen Städten Schlesiens bestehen bereits solche Vereine; hier in Breslau aber würde ein solcher Verein einen sehr heilsamen Centralpunkt für viele Wohlthätigkeits-Vereine bilden, deren Wirksamkeit ohne denselben stets nur eine vereinzelt und eine nicht so umfassende bleiben wird, als sie es nach Maßgabe der Kräfte wohl sein könnte.

In Grünberg steht mit einem solchen Vereine ein „Hilfsverein“ in Verbindung oder ist vielmehr mit ersterem zu einem ungetrennten Ganzen verbunden; derselbe sucht die Abhilfe der Noth und der Nahrunglosigkeit auf den verschiedensten Wegen und zwar auf die zweckentsprechendste Weise zu erreichen. In Greiffenberg und Friedeberg existiren ebenfalls Vereine zur Abschaffung der Bettellei. Viele Mitglieder der dasigen Vereine haben die sehr zweckmäßige Einrichtung getroffen, daß sie an ihren Hausthüren haben Anschläge oder Schilde anheften lassen, auf welchen angezeigt wird, daß in diesem Hause an keinen Bettler etwas verabreicht wird, und daß sich der Bettler dagegen mit seinen Bitten an den und den Verein, oder Ausschuß oder Kommissar zu wenden habe.

Den größten Segen aber würde ein Verein zur Abschaffung der Bettellei gewähren, wenn er zugleich über eine Arbeits-Anstalt verfügte, in welcher arbeitslose Individuen, Kinder u. auf nützliche Weise beschäftigt werden könnten. Dergleichen heilsame Anstalten finden sich bereits in Provinzialstädten, und in Breslau muß die Errichtung derselben noch weniger schwer fallen, da, wenn die Theilnahme für den Verein wirklich allgemein und lebendig ist, derselbe über bedeutende Mittel verfügen können. Sind aber solche Beschäftigungs-Anstalten nur erst gegründet, dann ist die Erhaltung derselben mit weit weniger Kosten verknüpft, da die Arbeit der hier in Thätigkeit gesetzten zahlreichen Kräfte selbst die bedeutendsten Beiträge liefert.

Die Vortheile, welche ein Verein zur Abschaffung der Bettellei uns selbst gewährt, sind mannigfach und groß, noch mannigfacher und größer aber ist der Segen, der jener hilflosen Volksklasse durch denselben zu Theil wird.

Zunächst werden wir einer großen Last entbunden. — Wie groß diese Last ist, werden diejenigen am besten zu schätzen wissen, die in solchen Stadttheilen oder Häusern wohnen, welche dem Andrang der Bettelnden am meisten ausgesetzt sind. Diese

Belästigung zu schilbern wäre aber ganz unnütz, denn es ist unbedingt anzunehmen, daß ein jeder Leser, ohne Unterschied, sie bereits empfunden haben wird.

Zweitens aber werden wir durch Abschaffung der Bettel vor Gelegenheits-Dieberei bewahrt, und mancher wird schon durch empfindliche Verluste belehrt worden sein, wie hoch dies anzuschlagen ist. Schon oft haben hiesige öffentliche Organe, unter ihnen aber besonders der Bresl. Anz., darauf hingewiesen, daß der Unfug des Bettelns der Gelegenheits-Dieberei Thür und Thor öffne. Man kann annehmen, daß die Hälfte der Bettler Gelegenheits-Diebe sind, die weniger des Bettelns als des Stehlens wegen sich in Häuser, Küchen und Stuben schleichen. Ganz abgesehen davon, daß das Betteln oft auch Diebe macht, daß mancher Dürftige, durch Noth und die sich darbietende günstige Gelegenheit verleitet, sich an dem Eigenthum seines Nächsten versündigt, und Mancher ein trauriges Dasein im Zuchthause beschließt, der als ehrlicher Arbeiter sich ernährt hätte, wäre die Verlockung nicht gewesen. Wird das Betteln abgeschafft, dann wird manchem Schwachen die Gelegenheit und vielen Dieben der Vorwand genommen, das Eigenthum Anderer anzutasten.

Noch größer und mannigfacher ist der Segen, der aus einem Vereine für Abschaffung der Bettel über die ganze Klasse der Hilfsbedürftigen sich verbreitet.

Erstens ist es möglich, den wirklich Hilfsbedürftigen gründlicher und andauernder zu helfen, als es durch eine momentane Gabe geschehen kann.

Zweitens entgeht man der Gefahr, die Werke der Barmherzigkeit an Unwürdigen zu vollziehen. Die Bestrebungen der Mildthätigkeit und Menschlichkeit werden hierdurch in die rechte Bahn geleitet.

Drittens bewahrt man die Dürftigen vor den großen Gefahren, die aus dem Müßiggange entspringen. „Der Müßiggang ist aller Laster Anfang“, ist ein Sprichwort, dessen Wahrheit sich uns in tausend und aber tausend der traurigsten und abschreckendsten Erfahrungen bethätigt. — Schneiden wir der Klasse der Dürftigen die Gelegenheit zum Betteln ab, so nehmen wir ihr auch zugleich tausend Veranlassungen zu den verschiedensten und abscheulichsten Schlechtigkeiten.

Endlich gewährt ein solcher Verein, ist er nach oben erwähnter Art gestaltet, den Segen von unberechenbaren Folgen, daß er Hunderte und Tausende zur Arbeit, zu nützlicher Beschäftigung gewöhnt. Es ist das kräftigste Mittel, die Moralität und Befestigung in den untersten Klassen zu fördern. Wessen Herz schlägt aber nicht wärmer und höher bei dem Gedanken, zur Rettung von Seelen beigetragen zu haben, die sonst auf die traurigste Weise untergegangen wären.

Ganz abgesehen davon, daß das bedeutende Kapital, welches jährlich an Almosen ausgegeben wird, nun auf die beste Weise angelegt wird, so daß es in materieller Beziehung sowohl als in moralischer, die reichsten Zinsen trägt.

Nun, Breslau hat so viele und so edle Menschenfreunde, mögen sie sich die Hand reichen zu dem schönen, zu dem großen, wahrhaft christlichen Werke!

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Ämtliche Verfügungen und Bekanntmachungen.

Der „Staats-Anzeiger“ Nr. 66 enthält: eine Verfügung des General-Post-Amtes vom 6. März, wonach die Abonnements für die Gesetz-Sammlung von den zwangspflichtigen Interessenten nur quartaliter pränumerando einzuziehen sind;

eine Verfügung des Ministers für Handel u. vom 6. März — betreffend die Remuneration der Post-Äffizienten auf Dienststreifen;

eine Verfügung des Ministers des Innern vom 15. Februar — betreffend das Verfahren bei Ausstellung von Vollmachten seitens der Kommunal-Behörden zu materiellen Verfügungen über das Vermögen der Stadtgemeinden, worin die Ansicht des Ministers dahin ausgesprochen wird, daß die §§ 40—44, Th. I. Tit. 3. Ver.-Ord. in Verbindung mit § 47 Anhang, durch § 53 der Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 aufgehoben sei.

Hieraus ergebe sich, „daß die Urchrift der Vollmacht von dem Gemeinde-Vorstand, die Ausfertigung vom Bürgermeister“ zu unterzeichnen sei, wodurch jedoch keinesweges präjudiziert werde, daß der Gemeinde-Vorstand vor Ertheilung der Vollmacht nach § 33 der Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 die Zustimmung des Gemeinde-Rathes einzuholen verpflichtet ist, und der Aufsichts-Behörde, daß dieses geschehen, verantwortlich bleibt.

Ferner: eine Verfügung desselben vom 16. Januar — wegen Behandlung der seit Publikation des neuen Strafgebuchs entstehenden, so wie der vorher entstandenen Mobilien- und Immobilien-Feuer-versicherungs-Gesellschaften, rücksichtlich der nach § 340 Nr. 6 des Strafgebuchs erforderlichen Staats-Genehmigung.

Es wird darin den Regierungen namentlich Folgendes eröffnet: Was die Art und Weise betrifft, in welcher die Genehmigung des Staats nachzusuchen und zu ertheilen ist, so unterliegt es keinem Bedenken, hierin auf die durch das Reglement der kurbäuerlichen Land-Feuer-Societät v. 18. Dezember 1824 getroffene Bestimmung wieder zurückzugehen, nach welcher — im Bereiche dieser Societät — nur auf Gegenseitigkeit gegründete Societäten nicht errichtet werden sollen, wenn nicht zuvor der Kommunal-Landtag darüber gehört und die landesherrliche Genehmigung erteilt ist.

Was die Frage betrifft, ob gegen das Fortbestehen derjenigen Gesellschaften, welche vor dem 1. Juli 1851 errichtet worden, eingeschritten werden kann, falls sie nicht nachträglich die dazu erforderliche Staats-Genehmigung einholen, so muß dieselbe, da der § 340 des neuen Strafgebuchs davon ausgeht, daß alle derartigen Gesellschaften der Staats-Genehmigung bedürfen und ohne dieselbe strafbar sind, grundsätzlich ebenfalls bejaht und an der Verpflichtung aller ohne solche Genehmigung entstandenen Feuer-versicherungs-Gesellschaften zur nachträglichen Einholung derselben festgehalten werden. Die königliche Regierung wird jedoch bei Ertheilung dieser Genehmigung jedenfalls mit schonender Rücksicht zu verfahren und ohne die dringendste Nothwendigkeit dieselbe solchen Gesellschaften, welche in gutem Glauben inzwischen entstanden sind, nicht zu verweigern haben.

Ein Erlass desselben vom 11. Februar — betreffend die Erfordernisse zur Erwerbung der Gemeinde-Mitgliedschaft seitens der aktiven Militär-Personen des Soldaten-Standes, namentlich der Offiziere.

Ein Circular vom 10. März — betreffend die Entdeckung und Prüfung derjenigen Mittel, welche zur Abwehr der Kartoffelseuche dienen können.

§ Breslau, 16. März. [Schwurgericht.] 1. Untersuchung wider den Dienstknecht Joh. Rudi August Kothke aus Wingenborn, Kreis Lauban, wegen neuen schweren Diebstahls und rückfälligen Landstreichens. Durch den Ausspruch der Geschworenen nur des einfachen Diebstahls für schuldig erkannt, wurde er wegen wiederholten gemeinen Diebstahls mit 3 Jahren Zuchthaus und 3jähriger Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt.

2. Untersuchung wider den Schiffer Anton Härtel aus Krappitz, wegen Urkundenfälschung. Am 21. August lieferte Angeklagter dem hiesigen Kaufmann Ertel eine Schiffsladung von sechs Kisten Kalkstein ab und erhielt darüber von dem Aufseher Hölzel in Grünheide einen Schein, welchen er im Comptoir des Kaufmann Ertel präsentierte. Dieser fand den Zettel gefälscht, indem statt der 6 Kisten 7 als ausgeladen darauf verzeichnet standen. Die Zahl 6 war offenbar ausradirt und durch eine 7 ersetzt worden. Der Angeklagte wurde nun an den Hölzel zurückgewiesen, welcher die Zahl in Worten aufschreiben sollte. Hölzel nahm den gefälschten Zettel an sich, und es kam zu einer Untersuchung, wobei die That, aber nicht der Thäter ermittelt wurde. Der Schiffer erklärte sich für nicht schuldig und behauptete, daß er den Zettel nicht gefälscht, sondern dem Eigenthümer wieder so übergeben, wie er ihn empfangen habe. Wenn eine

Fälschung stattgefunden, so könnte dieselbe nur durch seine Schiffsrechte erfolgt sein. Die Geschworenen erkannten das Nichtschuldig und der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei.

3. Untersuchung wider den Tagelöhner Julius Heinsch von hier, wegen schweren Diebstahls. Am 19. September v. J. wurden der unverheh. Elter aus unverschlossener Bodenkammer mehrere Kleidungsstücke entwendet. Der Angeklagte bekennt sich nicht schuldig, wird jedoch von den Geschworenen dafür erkannt und durch richterliches Erkenntniß zu 3 Jahren Zuchthaus nebst 3jähriger Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt.

(Stadtgericht, Abtheilung für Vergehen.)

In der öffentlichen Sitzung des königl. Stadt-Gerichts hieselbst, Abtheilung I. und II., für Vergehen vom 12. und 13. d. M. kamen unter Andern folgende Fälle zur Entscheidung:

1. Wider den Fleischermeister Joseph Hanke und Genossen.

Im November v. J. hat der 2c. Hanke, seine Ehefrau und eine verwittwete Weidhaupt, sämtlich aus Hundesfeld, nach Breslau Fleisch gebracht. Er versteuerte von diesem an der Thor-Steuer-Expedition einen Theil mit 1 1/2 Zentner. Eine Revision ergab jedoch, daß auf dem Wagen 2 Pfund nicht deklarirtes Fleisch, in den Kleidern des Hanke 2 Pfd. Fett, in denen der verehel. Hanke 2 3/4 Pfd. Fleisch und in denen der verw. Weidhaupt 2 Pfd. Fett befindlich gewesen. Die Angeklagten sind geständig, die Absicht gehabt zu haben, den Steuerbetrag mit 15 Sgr. zu defraudiren; im Termine waren sie jedoch nicht erschienen. — Der Gerichtshof verurtheilt auf Antrag des Staats-Anwalts in contumaciam:

a) den bereits mehr als zwei Mal wegen Steuerdefraudation bestrafte Fleischermeister Hanke zu 8 Rtl. Geld- event. 8 Tagen Gefängnißstrafe und zum Verlust der Ausübung des Fleischer-Gewerbes für immer;

b) die beiden Mitangeklagten, verehel. Hanke und verw. Weidhaupt, erstere zu 8 Rtl. Geld- event. 8 Tagen Gefängnißstrafe, letztere zu 4 Rtl. Geld- event. 4 Tagen Gefängnißstrafe, und sämtliche in die Kosten der Untersuchung.

Außerdem spricht derselbe die Konfiskation des in Beschlagnahme genommenen Fleisches und Fettes aus.

2) Wider den Tischlergesellen Ferdinand Züllig von hier.

Im Jahre 1847 lich der Angeklagte der verehel. Schifferältesten Zöllner 50 Rtl., rückzahlbar nach einigen Monaten. Die Schuldnerin bot im August 1847 dem Züllig die Rückzahlung dieser Summe an, er wies sie jedoch — nach ihrer eidligen Erhärtung — zur Zahlung an die separate Friederici, und bekannte ihr auch einige Tage später den Empfang des Kapitals und der Zinsen mit 1 Rtl. zu.

Im Mai 1848 klagte Züllig gegen die Friederici auf Zahlung dieser 50 Rtl., mit Vorbehalt des Regresse an die Zöllner und behauptete, die Verklagte habe die von der Zöllner erhaltene Summe an ihn nicht abgeführt. Das königl. Stadtgericht hieselbst erkannte auf einen Erfüllungseid zu Gunsten des Züllig, und es schwor dieser, nachdem das erste Erkenntniß vom kgl. Appellationsgericht bestätigt worden, den ihm auferlegten Eid dahin:

„daß diejenigen 50 Rtl., welche die verehel. Zöllner ihm als ein Darlehn schuldet und an die Friederici bezahlt hatte, von letzterer an ihn nicht abgeführt worden wären.“

Diese wurde zur Zahlung der 50 Rtl. verurtheilt; es konnte jedoch diese Summe von ihr nicht beigetrieben werden.

Der Angeklagte machte nun von seinem vorbehaltenen Regresse Gebrauch und klagte nunmehr gegen die verehel. Zöllner, indem er behauptete, er habe sie weder angewiesen an die Friederici zu zahlen, noch auch, daß er die geleistete Zahlung nachträglich genehmigt habe. Die geschiedene Friederici wurde in diesem Prozesse zeugeneidlich vernommen und bestätigte nicht nur die Zöllnerischen Angaben, sondern auch, daß sie die erhaltenen 50 Rtl. an Züllig abgeführt. Entweder die geschiedene Friederici oder der Tischlergeselle Züllig mußten einen Meineid geleistet haben. Letzteres wurde angenommen und von der königl. Staatsanwaltschaft gegen Züllig die Anklage wegen Meineids erhoben, nachdem dieser mit der gegen die verehel. Zöllner angestregten Klage rechtskräftig abgewiesen worden.

Dem Angeklagten stand Herr Rechts-Anwalt Simon als Vertheidiger zur Seite. — Die Belastungszeugen werden im Termine nochmals vernommen, nachdem sie ihre früheren Aussagen bestätigt. Die Vernehmung der von der Vertheidigung namhaft gemachten Entlastungszeugen wurde ausgesetzt. — Nach längerer Plaidoir der Staatsanwaltschaft beantragte dieselbe: auf Grund § 1405 Th. II. Tit. 20 A. L. R. ein Jahr Zuchthaus, Geldbuße von 200 Rtl., Verlust aller Ehrenrechte und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Die Vertheidigung deduzirte auf Freisprechung event. sechs Monat Gefängnißstrafe. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei.

Berlin. Zwischen Kaufleuten und Schiffen entstehen sehr häufig Prozesse, weil von den ersteren veräumt wird, die Ladung zu gehöriger Zeit abzunehmen. Die Entscheidungen der Gerichte fielen in der Regel abweichend aus, da es zweifelhaft war, ob die Schiffer verpflichtet sind, durch einen gerichtlichen Protest die geschehene Weigerung der Abnahme zu konstatiren. Eine kürzlich vom Obertribunal entschiedene Rechtsfrage dieser Art hat jenen Zweifel beseitigt, indem der oberste Gerichtshof erklärte, daß die Verpflichtung des Schiffers, Protest aufzunehmen zu lassen, ihm nur dem Befrachter gegenüber obliege, um seine Regressansprüche an diesen zu sichern. Dagegen soll der Schiffer von dem Empfänger der Ladung die sogenannten Liege- und Wartegelder auch ohne gerichtliche Protestaufnahme zu fordern berechtigt sein. Die Feststellung der Höhe dieser Entschädigung soll durch Sachverständige erfolgen, und diesen die von der Tragfähigkeit des Fahrzeuges abhängende Stärke der Mannschaft als Norm dienen.

Der Prozeß Schall.

(Fortsetzung.)

Der 5. Tag der Verhandlung beginnt mit dem Verhör derjenigen Zeugen, welche über den Ermordeten Ebermann Vermögensumstände ausfragen sollen, die der Angeklagte Schall als höchst zerrüttet hingestellt hat, so daß er sogar die Reisekosten habe auslegen müssen.

Der erste ist der leibliche Bruder Ebermann's; er weiß wohl, daß die Verhältnisse seines Bruders nicht besonders günstig gewesen; aber von einem Zusammenreffen zwischen ihnen beiden und Schall, im ravensbrücker Walde, wie dieser oben so ausführlich beschrieben, weiß er kein Wort; „Alles ist von Schall erlogen; ich habe nie meiner Schwägerin 10 Rtl. zur Miete geschickt, bin auch nie von meinem Bruder dazu aufgefordert worden, und wenn Sie mich zureden, kann ich nicht anders auslagen.“ Auch die Frau des Ermordeten schildert die von ihrem Manne mit Schall nach Berlin unternommene letzte Reise ganz anders, als dieser angegeben. Mein Mann hatte sich nach seiner Entlassung von Spandau mehrere Tagden in der Umgegend gepachtet, deren Ertrag mit meinem Verdienst uns in der letzten Zeit nährte. Er ging gewöhnlich Sonntags oder Montags früh fort und kam des Donnerstags Abends zurück. Nichtig ist es allerdings, daß, weil er in der letzten Zeit flechtbrieflich verfolgt wurde, sein Kommen und Gehen in der Dämmerung geschah. Eines Abends — es war Ende August — brachte er einen Mann aus Berlin mit, der ihm, wie mein Mann mir sagte, einen Brief von Pfeffer überbrachte und ihn aufgefordert habe, nach Berlin zu kommen. Ich rief meinem Manne von dieser Reise ab, da ihm eine Stelle als Jäger im Mecklenburgischen in Aussicht gestellt war. Er hörte jedoch nicht, sondern steckte sich am andern Morgen einige Fünf-Thalerstücke zu sich und ging mit Schall fort; denn dieser war der Ueberbringer des Briefes von Pfeffer.

Dieser Brief Pfeffer's ist vom 24. Juli 1849 datirt, später aufgefunden, und lautet ungefähr: „Ich möchte Dich gern über Mancherlei sprechen, was vielleicht doch zu etwas Gutem führen könnte; besuche mich recht bald, wenn es Dir Deine Mittel erlauben; wir beide können uns doch immer nur am Besten mündlich verständigen.“

Nach mehreren anderen Fragen fragt der Präsident: Schall glauben Sie noch immer, daß Ebermann nicht ermordet ist? — „Herr Präsident, das kann ich weder mit Ja, noch mit Nein beantworten.“

Der Vertheidiger des Angeklagten: „Die Frau Ebermann hat uns gesagt, daß ihr Mann während des ganzen Sommers auf die Jagd gegangen sei; da aber die Schonzeit bis zum 24. August währet, so mag ihr Mann zu jener Zeit wohl etwas Anderes getrieben haben, als Jagd.“

Staatsanwalt: „Der Herr Vertheidiger vergißt, daß hier die Rede vom Jahre 1849 ist, wo es bekanntlich keine Schonzeit gab.“ (Heiterkeit unter den Geschworenen. — Aufhebung des Jagdrecht!)

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Zweite Beilage zu No. 79 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 19. März 1852.

(Fortsetzung.)

Verteidiger: „Wir haben gestern vom Polizei-Lieutenant Bormann gehört, daß Ebermann so gut wie Schall und Pfeffer, Straßenräuber waren; ich möchte nun von der Frau hören, ob sie um dies Handwerk ihres Mannes gewußt hat.“

Staatsanwalt: „Ich glaube, es ist unsere Pflicht, diese Frau zu schonen und am allerwenigsten ihr solche Fragen vorzulegen; selbst der größte Verbrecher kann eine Frau besitzen, die alle Achtung verdient.“

Präsident: „Es fällt mir auch nicht ein, solche Fragen an die Frau zu richten.“ Die nächstfolgenden Zeugenaussagen sind unerheblich; sie bekunden sämmtlich, daß Ebermann sich nie ganz ohne Geld befunden und auch noch am 9. September Geld bei sich gehabt habe.

Der Präsident zur Zeugin Hansen: Wollen Sie uns den auf Sie gemachten Mordanfall erzählen? — Es war im vorigen Jahre, als ich mich wegen Heilung eines Fiebers in Brederiche aufhielt. Eines Tages, es war im August, trat ich vor die Thüre, um frische Luft zu schöpfen; in dem Augenblick trat ein fremder Mann auf mich zu, der, wie es mir schien, bereits auf mich gelauret hatte. Er fragte mich nach dem Wege, der nach einem benachbarten Dorfe führte. Ich wies ihn zurecht; er behauptete aber, daß er hier fremd sei und den Weg nicht finden würde, wenn ich nicht mitkäme, er wolle mir auch gern dafür ein kleines Trinkgeld geben. Ich ließ mich bereuen und begleitete ihn; er ging voran, ich folgte. Als wir uns mitten im Gebüsch befanden, von wo aus der Weg gar nicht mehr zu verstehen war, sagte ich ihm dies und wollte umkehren. Da sah er sich nach allen Richtungen um, griff dann in die Brusttasche, wie ich glaubte, um mir die versprochene Belohnung zu geben. Statt dessen aber zog er ein Terzerol hervor, setzte es mir auch in demselben Augenblick auf die Brust und schoß ab. Ich fiel hin und lag wohl mehrere Stunden bewußtlos da, bis ich von Vorübergehenden aufgefunden wurde. Das Terzerol ist, wie der Arzt behauptete, entweder mit einer Kugel oder Glas geladen gewesen, der Schuß aber abgeprallt, so daß die Wunde nicht tödtlich wurde. Ich kannte den Mann nicht, glaube aber ihn schon einmal in Gesellschaft von Ebermann und Schall im Krüge zu Birkenwerder gesehen zu haben. Eine Ursache dieses Mordanfalls kann ich nur darin finden, daß ich hinsichtlich der Ermordung Ebermann's bereits in der Voruntersuchung gegen Schall ausgesagt hatte und es ihm und seinen Genossen daran liegen mochte, mich für immer unschädlich zu machen, namentlich aber mochten sie wohl verhindern wollen, daß ich als Zeugin in dem damals angelegten Audienztermin gegen ihn austrat. Der Mörder hatte dickes, dunkel-blondes Haar, einen kleinen Schnauzbart und war von starkem, robustem Körperbau.

Der Zeugin wird hierauf der jetzt wegen Falschmünzerei in Haft sich befindende und früher auch schon wegen Wilddiebstahls bestrafte Handelsmann Lehmburg (den Schall früher Löwenstein und Löwenberg genannt hatte) vorgestellt. Beide kennen sich nicht. Es wird ihr nun der schon oft genannte Handschuhmacher Pfeffer vorgestellt. Er ist eine starke, muskulöse Gestalt von wildem verwegenen Ansehen. Die Hansen betrachtet ihn genau; dann sagt sie: Bekannt kommt er mir zwar vor, aber ob er der ist, der auf mich schoß, weiß ich nicht mit Bestimmtheit anzugeben. Derselbe Statur ist es, aber jener hatte helleres Haar und helleren Bart.

Präsident: Schall, Sie haben früher angegeben, daß Sie mit Pfeffer in Birkenwerder waren? — Ja, aber ich weiß doch nicht genau, ob es Pfeffer war oder sein Kompagnon Meißner; es waren viele Menschen im Krüge.

Der Präsident erhält eine Mittheilung. So eben wird mir die Anzeige gemacht, daß Pfeffer seinen Bart schwarz gefärbt hat. Gerichtsdienere, führen Sie ihn wieder zurück, und lassen Sie seinen Bart auswachen. (Sensation. — Pfeffer wird abgeführt.)

Die Hansen fährt unterdessen in ihrer Erzählung fort: „Mein Verhältnis zu Ebermann hat ungefähr ein halbes Jahr gewährt. Ich ging eines Tages nach dem Krüge, wo wir uns kennen lernten. Es war ein hübscher, bescheidener Mann, der nie etwas Ungebührliches von mir verlangt hat, wie ich denn auch von ihm nie etwas angenommen habe, obgleich er mir mehrmals Geschenke anbot. Ich dachte immer, er würde das Seinige auch gebrauchen können. Ich wußte nicht, daß er verheiratet sei, das erfuhr ich erst später. Schall lernte ich zuerst kennen, als mich Ebermann durch ihn in den Wald rufen ließ, um ihnen Kaffee und Brod zu bringen. Wenn Schall behauptet, daß er diese Beche bezahlt habe, so ist das eine Lüge; Ebermann war es, der das Geld aus der Tasche zog und mir 6 gr. gab. Ebermann hat auch, so lange ich ihn gekannt habe, immer Geld gehabt.“

Hier tritt der Arzt des Hausvogteigesängnisses in den Saal und zeigt an, die Auswäsung von Pfeffers Bart habe ergeben, daß er mit Kohle geschwärzt worden, und jetzt blond sei. — (Heiterkeit.)

Polizeilieutenant Bormann: Ich entsinne mich jetzt sehr deutlich, daß Pfeffer früher nie einen Kinnbart getragen hat, sondern stets nur einen blonden Schnurrbart.

Zeugin Hansen: Der auf mich schoß, hatte auch keinen Kinnbart, sondern nur einen Schnurrbart.

Präsident: Lassen Sie Pfeffer den ganzen Kinn- und Backenbart bis auf den Schnurrbart abscheren, und führen Sie ihn dann wieder vor.

Nachdem die Hansen dann noch einmal weilläufig ihr letztes Zusammentreffen mit Ebermann und Schall in der Invalidenstrasse hat erzählen müssen, wird die Aussage zweier Schiffer verlesen, die am Vormittag des 10. Sept. von ihrem Kahne aus Ebermann in Begleitung noch eines andern, anscheinend eben so großen Mannes in Moabit gesehen hatten. Etwas Näheres erhellt aber aus dieser Aussage nicht.

Jetzt wird Pfeffer wieder eingeführt; sein dunkler Kinnbart ist verschwunden, sein Schnurrbart ist hellblond geworden. Der Präsident sagt: „Ihr Bart hat ja jetzt eine ganz andere Farbe; wie geht das zu? — Ich habe meinen Bart schon gefärbt, so lange ich hier bin. — Tragen Sie früher auch einen Kinnbart? — Nein, nur einen Schnurrbart. — Zeugin Hansen, sehen Sie sich jetzt noch einmal den Pfeffer an; erkennen Sie denselben in ihm wieder, der auf Sie das Terzerol abfeuerte? — Figur, Bart und Gesichtszüge sind dieselben, nur sein Haupthaar schien mir damals heller zu sein.“

Die Sachverständigen erklären diesen Umstand zum Theil damit, daß, wenn die Zeugin sich nicht in ihrer Angabe irrt, da Pfeffer ja bei jenem Mordanfall, wie sie selbst zugiebt, mit einer Mütze bedeckt gewesen, sie also schwerlich genau die Farbe des Haares habe unterscheiden können, sehr leicht die Sonne und die Luft, in der sich Pfeffer damals fortwährend bewegt, das Haar etwas ausgebleicht habe. Auffallend aber blieb es immer, daß das dunkle Kopfhair so wenig mit dem hellen Schnurrbart korrespondire.

Schankwirth Johannes: Es konnte im Oktober 1849 sein, als Schall, der mich öfter besuchte, zu mir kam, um mir eine alte Schuld von 3 Thalern zu bezahlen, welche seine Frau bei der meingigen zur Bezahlung der Miete gemacht hatte. Er gab mir einen Fünftalerschein und zeigte noch mehr Geld; dabei sagte er mir, ohne daß ich ihn weiter darum fragte: er sei zu Hause gewesen, und habe sein väterliches Erbtheil geholt und wolle nun anfangen, mit Schnittwaaren zu handeln.

Präsident: Hören Sie es, Schall? Sie haben eine alte Schuld an Johannes mit einem Fünftalerschein bezahlt; die Wittve Ebermann hat uns aber vorherhin gesagt, daß ihr Mann, vor seiner Abreise mit Ihnen von Ihnen, mehrere Fünftalerscheine zu sich gesteckt hat. Waren Sie nach Schweidnitz gereist, um Ihr väterliches Erbtheil zu holen? — Der Angeklagte erwidert: Ich habe schon öfter mit Johannes Spaß gemacht, und dies war auch nur Scherz.

(Fortsetzung folgt.)

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau, 17. März. [Industrie-Ausstellungs-Angelegenheit.] In der heutigen Sitzung des Central-Ausschusses für die schlesische Industrie-Ausstellung theilte der Vorsitzende, Hr. Oberbürgermeister Elwanger, mit, welche Bestrebungen Seitens des Direktoriums für Gewinnung der vom Ministerium für Handel, Ge-

werbe u. erworbenen landwirthschaftlichen Modelle zu unserer Industrie-Ausstellung gemacht worden.

Hierauf gab Hr. Literat Carlo, als Vorsitzender des Sekretariats, fortgesetzte Nachricht über die für die Ausstellung eingegangenen Anmeldungen.

Der technische Verein zu Liegnitz erbittet sich von dem Central-Ausschusse die Erlaubniß, eine örtliche Ausstellung vor der hiesigen veranstalten zu dürfen, um die Kosten für den Transport der Ausstellungsgegenstände von Liegnitz nach Breslau aus den durch jene Ausstellung gewonnenen Einnahmen zu decken; die königl. Regierung zu Liegnitz gestattet nämlich nur zufolge erhaltener Genehmigung des Central-Ausschusses dem technischen Vereine, jene Ausstellung zu bewirken. — Die Versammlung entscheidet sich für die Zulassung dieser örtlichen Ausstellung, wünscht aber, daß die in Liegnitz auszustellenden Gegenstände hierorts rechtzeitig, also bis spätestens den 15. April angemeldet werden, und daß die liegnitzer Ausstellung selbst bis zum 5. Mai d. J. beendet sei.

Nachdem die Aufstellungs-Kommission sich mit den Feuerversicherungs-Gesellschaften in Kommunikation gesetzt wegen Versicherung der Industrie-Halle und der darin aufzunehmenden Gegenstände, ist eine Kommission, bestehend aus den Herren Hauptmann v. Grumbkow, Stadtbaurath Studt, Kunstmeister Heiber und Kaufmann Cadura, erwähnt worden, welcher die Erledigung der schwebenden Verhandlungen obliegt.

Der görlitzer Verein hat seine Bethätigung an dem Unternehmen der hiesigen Ausstellung auf erfreuliche Weise zu erkennen gegeben. Unter den von dort angemeldeten Gegenständen ist ein kombinirter Eisenbahnwagen von besonderem Belang.

Aus Hoyerswerda ist von einer Fabrik eine für Hoyerswerda bestimmte Thurm-Uhr und ein für eine Kirche bestimmtes Geläute angemeldet worden, wovon erstere eine Zierde der Industrie-Halle werden soll.

Die Bestrebungen Einzelner in der Provinz, das Unternehmen der Ausstellung mit aller Kraft zu fördern, werden Seitens der Versammlung anerkennend begrüßt.

Seitens des Hrn. Stadtrath Pulvermacher werden schließlich erfreuliche Mittheilungen über die fortgesetzte Zeichnung der Anleihe-Aktionscheine gemacht.

Das Sekretariat für die Industrie-Ausstellung befindet sich im Hospitale zu St. Trinitatem (gegenüber dem neuen Theater), und nimmt — Sonn- und Feiertage ausgenommen — täglich von 8—12 und von 2—6 Uhr Anmeldungen für die Ausstellung bis zum 15. April d. J. entgegen.

§ Breslau, 18. März. [Für die schlesische Industrie-Ausstellung]

sind unter Anderem ferner angemeldet worden, von:

Porträtmaler Wieland hier: Einige Photographien.

Von einer Dame hier: 4 Stück Filet-Gardinen.

Pastor G. Standfuß in Schreiberhau, Kreis Hirschberg: Mehrere Stück Garn, Handgespinnst, verschiedener Stärke von 1/2 Loth à Strähn bis 3 Loth.

Klempnermeister Hennig hier: Verschiedene eigene Fabrikate.

Zimmermeister Lange in Gnadenfeld bei Kosel: Ein Modell, enthaltend alle bei der Zimmerkunst vorkommenden älteren und neueren Dach-, Wand- und Balken-Verhände, nebst Treppen, im Maßstabe zu 1/3" — 1'.

Privatkoch Gustav Brück hier: 1) eine große Vase aus Brot geschnitten; 2) einen Kran; von aus Wurzeln geschnittenen Blumen.

Hadank und Sohn in Hoyerswerda: 5 Stück sehr bequeme Hand- oder Gartensprizen, neuer Konstruktion, von Kupfer und Messing, mit 60 bis 64' weiter Tragkraft.

Dominium Kl.-Totschen bei Trebnitz; Proben von sibirischem Grannen-Weizen am Stroh.

Kaufmann Eduard Rupperecht in Mittelwalde: Ein Kästchen Schnupftabak.

Guts- und Mühlenbes. J. Carl Ludwig zu Ob.-Langenau, Kr. Habelschwerdt: Proben von Weizenmehl, Roggenmehl, wiener Gries.

Pianosortefabrik von Michael Schnabel hier: Ein Flügel-Instrument.

Fräulein L. Löwe hier: Ein Körbchen, enthaltend künstliche Früchte.

Näh- und Sticksinstitut von Rosalie Wenzel hier: Ein vollständiges Bette nebst Nachtwäsche in verjüngtem Maßstabe.

Dom. Lampersdorf: Proben von weißem Weizen.

Handschuhmachermeister Alex. Sawitzky hier: Zwei Duzend Handschuhe, ein Paar Stulpenhandschuhe.

Frau Kaufmann Sohn hier: Vier Flügel gehäkelte Gardinen, von 3 Mädchen, 12—15 Jahr alt gehäkelte.

Johanna Wulff hier: 1) Ein gestopfter Schleier; 2) sieben Ellen Einfas für ein Kleid.

Buchbinder und Atrappenfabrikant Julius Wolfram hier: Einen Mann auf dem Fasse (Naturgröße), ganz aus Pappe und Papier.

Graf v. Praszma auf Falkenberg D.S.: 4 bis 8 Wollvliese, gewaschen und ungewaschen.

Fräulein Bertha Schauder hier: Ein großes Bouquet von Gewürzblumen.

Landesältester Graf Pückler auf Ob.-Weistritz, Kr. Schweidnitz: 1) ein Kästchen mit Proben von Weizenmehl, Roggen- und Gerstenmehl, Weizengries und Gerstengraupe aus der Karolinenmühle zu Ob.-Weistritz; 2) 4 bis 6 Kartons mit Wollvliesen und einige Wollproben aus der Stammschäferei von Burkersdorf.

Hüttenpächter J. J. Drgler zu Weiskretscham: 1) schwaches Schloßereisen; 2) schwaches Quadrat-Eisen; 3) Rundeisen; 4) Skantiges Eisen; 5) Skantige Kolben; 6) Reifen.

Apotheker Oswald Leporin zu Gnadenfrey: 1) Eine Flasche mit reinem Pfeffermünzöl; 2) ein Glas, enthaltend Pfeffermünz-Stearopten oder Pfeffermünzkampher; 3) eine Probe getrocknetes Pfeffermünzkrout, selbst angebaut; 4) ein kleines Fläschchen Pfeffermünzöl zum Deffnen.

R Die Industrie im Riesengebirge.
Erster Artikel.

Wenn man im diesjährigen Winter die Gebirgsgegenden, namentlich die entlegenen Dörfer theilnehmend besucht; wenn man mit seinen eigenen Wahrnehmungen die Erfahrungen der Geistlichen, Ortsvorsteher und Gutsbesitzer vergleicht: so drängt sich dem Reisenden zuvörderst äußerlich manches Unangenehme, namentlich die überhandnehmende Anzahl von Siechen, Blödsinnigen und Arbeitslosen auf. Auch bemerken wir schon in den Dörfern der Vorberge auffallend weniger ländliche als städtische Trachten und vermisten den von früher gewohnten traulichen Zuspruch und Gruß. In den sogenannten Kretschams fanden wir häufig statt des früheren kräftigen Bieres den noch vor wenig Jahren hier gänzlich unbekanntem Cognac, auch nicht selten weißen Wein mit einem ekelhaft süßlichen Nachgeschmack. Eine wahrhaft krankhafte Geschwägigkeit, die mit der früheren stumpfen Resignation der armen Handarbeiter auffallend kontrastirte, erschien uns als eine besonders bestrebende Erscheinung. Die beschränktesten, an ihrem Ofen festgebannten Gebirgsweber kannten und besprachen alle Rechtsanwalte der Städte, bekittelten die Maßnahmen der Landräthe, Schulzen, Geistlichen etc., und schienen sich auf diese erweiterte Personalkennntniß recht was zu Gute zu thun, ja dafür den Eindruck der Bildung in Anspruch zu nehmen. Nach übereinstimmenden offiziellen Berichten hat dieser künstlich emporgetriebene Grad der Theilnahme an den Bestrebungen der Behörden keineswegs das gewünschte Resultat geliefert, die eigenen Zustände mit verbessern zu helfen. Es ist Thatsache, daß in weiten Kreisen alle Bemühungen des Staates an der Theilnahmlosigkeit oder dem Argwohn der Bedrängten gescheitert sind. Die große Masse der Weber und Spinner hat sich nicht nur durch passives Verhalten geweigert, die ihnen vom Staate oft unentgeltlich überlassenen besseren technischen Instrumente und Methoden anzuwenden, sondern nicht Wenige verkaufte, laut amtlichen Berichten, diese Geschenke, z. B. verbesserte Spinnräder, sogleich wieder und verharteten argwöhnisch in ihrem veralteten Handwerksgebrauch!

Der erfahrene Undank und die mannigfache Verkennung hat die Behörden keineswegs abgeschreckt; man wurde gewohnt, daß der Weber etc. lediglich sein Unheil in Preußens politischer Stellung zu Rußland und Spanien, nie aber in seinem verschlechterten, unreefen Gespinnst sah. In diesem Sinne berichtete auch der für die schlesische Industrie so hochverdiente General-Kommissarius Alexander v. Minutoli noch im Jahre 1851 Folgendes: „Wenn ein aufmerksames und vorurtheilsfreies Verfolgen des Entwicklungsganges (der Staatshilfen) ergeben wird die Indolenz der Betheiligten und der nur zu häufig ohne genauere Sachkenntniß und Kritik ausgesprochene Tadel gegen diejenigen, die ernstlich reformiren wollen und besonders gegen die Regierung, so wie öffentlich ausgesprochene Verdächtigung ihrer Kommissarien der wahren Förderung der Sache schon früher nicht minder hinderlich gewesen sind, so muß es doppelt beklagt werden, daß selbst kürzlich noch Männer, welche sich für warme Verfechter der Volks-Interessen ausgaben, sich in öffentlichen Angriffen gegen die Regierung geseien, indem sie die vollständigste Unkenntniß der Lokalverhältnisse kundgaben, auch die frühere Thätigkeit der Verwaltung dergestalt ignorirten, daß es den Anschein gewinnen konnte, als sei das Gouvernement erst durch Anregung der Kammeren auf seine Pflicht aufmerksam gemacht worden.“

Als leitenden Grundgedanken hat die Regierung einerseits festgehalten, daß pekuniäre, momentane Unterstützung nicht genüge, sondern die üblen Zustände von Innen heraus einer Besserung zugeführt werden müßten, wobei die Hebung der Sittlichkeit und körperlichen Gesundheit in besondere Acht zu nehmen sei; — andererseits ging man endlich von dem stets mißlungenen Versuche ab, durchaus den gesunkenen Leinwandhandel ausschließlich heben zu wollen und substituirte eine Reihe anderer Beschäftigungen, von denen sich nur eine als illusorisch erwies, nämlich die Verpflanzung der Spinner, Weber etc. zum Ackerbaubetrieb. Hierzu fehlte es nicht nur an Mitteln und geeigneten Koloniedistrikten (zumal man das Projekt, sie in Pommern zu acquiriren, aufgab), sondern auch an der nöthigen Lust der Betheiligten, die geistig und körperlich geschwächt, in einem krankhaften Grade an ihrer Geburtscholle hängen. Erfolgreicher wirkte die Regierung auf andere Weise, wie die folgenden Artikel hervorheben werden.

* **Breslau, 18. März.** [Blumistisches.] Die Neigung nach dem Besitz edel gezüchteter ausländischer Pflanzen nimmt in unserer Stadt einen erfreulichen Aufschwung, und die Hoffnung erscheint als vollkommen begründet, daß auch die geistlichen und namentlich die biesigen Blumenzüchtungen das Vorurtheil bestegen werden, welches Viele noch immer antreibt, ihren Vorrath aus fremden Orten, fernem Ländern zu beziehen. Nicht allein in den größeren Gärtnere-Etablissements mehrt sich die Zahl sorgfältig gepflegter Blumen des Auslandes in zweckentsprechenden Gartenhäusern, sondern durch die Bestrebungen des Central-Gärtner-Vereins und durch die Aufopferung Einzelner sind bereits mehrere Blumenhallen inmitten unserer Stadt entstanden, die dem dringend gewordenen Bedürfnisse nach derartigen Einrichtungen nach Möglichkeit entsprechen. Namentlich befriedigt wird jeder Blumenliebhaber werden, wenn er behufs des Kaufes seltenerer Gewächse sich an die Blumenhalle des Central-Gärtner-Vereins auf dem Neumarkt und an E. Breiter, Kunst- und Handlungsgärtner hier, Ohlauerstraße 80, wendet. —

Eine große Zahl sehr lieblicher, frühzeitig zur Blüthe gebrachter Pflanzen, unter denen die indischen Azaleen, als eine in vielen Variationen neuerdings gezüchtete Pflanzengattung ganz besonders Interesse erregt, findet sich hier vor, und wir ermangeln nicht, das Publikum auf diese gemüthliche Bemähen unserer Kunst- und Handlungsgärtner hinzuweisen, das nur durch rege Unterstützung seitens der Blumenliebhaber für die Dauer Bestand haben kann.

C. Breslau, 18. März. [Produktenmarkt.] Unser Markt blieb auch heute sehr flau und Preise von Weizen und Roggen erfuhren einen weiteren Druck. Obgleich die Zufuhr nicht bedeutend war, mußte Weizen, weißer, in bester Waare, à 68 Sgr., beagl. gelber 66 Sgr. erlassen werden; ord. bis feine Waare war à 57 bis 65 Sgr. zu kaufen.

Roggen bedang in bester, schwerster Qualität 59—58 Sgr.; 85 Pfd. wurde à 55 Sgr. 82 Pfd. à 52 Sgr. verkauft, ordinäre Sorten 47—50 Sgr. offerirt. Gerste ziemlich preishaltend, 41—45 Sgr., feinste 48—49 Sgr.

Haser 28—32 Sgr. pro Schfl. Erbsen 54—62 Sgr. pro Schfl. nach Qualität. Kleesamen erhält sich fest im Preise, rother auf 11 bis 18 1/2 Rthl., weißer auf 7 bis 13 Rthl. pro Ctr.

Spiritus flau, loco 11 1/2 Rthl. Br. Rüßl, loco 9 1/2 Rthl. Br., per Herbstlieferung 10 1/2 Rthl. Br. Zint, loco 4 Rthl. 8 Sgr. bezahlt.

Berlin, 17. März. Weizen loco 61—65 Thlr. Roggen loco 50 1/2—53, schwimmend 50 1/2—52 1/2, 85 Pfd. schwimmend zu 50 1/2 pro 82 Pfd. verk., pro Frühjahr 51 1/2—50—50 1/2 verk., 51 Br., 50 1/2 Gld., Mai-Juni 52—51 1/2 verk., schließt 52 Br., 51 1/2—52 Gld. Gerste, gr. 40 bis 42, kl. 37—39 Thlr. Haser loco 25—26 1/2, pro Frühjahr 48 Pfd. 24 verk., 50 Pfd. 25 1/2 bis 25 Thlr. verkauft. Rapssaat, Winteraps 82 1/2 Pfd. zu 64 Thlr. verk., Winterrüben 68—66, Sommerrüben 54—53 Thlr. Rüßl loco 9 1/2 Br., 9 Gld., März-April u. pro April-Mai 9—9 1/2 bez., 9 1/2 Br., 9 Gld., Mai-Juni 9 1/2 Br., 9 1/2 Gld., Juni-Juli 9 1/2 Br., 9 1/2 Gld., Juli-August 9 1/2 Br., 9 1/2 Gld., August-Sept. 10 Br., 9 1/2 Gld., Sept.-Okt. u. Okt.-Nov. 10 1/2 Br., 10 verk. u. Gld. Leinöl loco 11 1/2 Thlr., pro April-Mai 11 1/2 Thlr. Spiritus loco ohne Faß 26 1/2—1/2 bez., mit Faß pro März und März-April 26 Br., 25 1/2 Thlr. Gld., April-Mai 26 1/2, 26 1/2 und zuletzt wieder 26 Thlr., 26 Br., 25 1/2 Gld., Mai-Juni 26 1/2—1/2 bez., 26 1/2 Br., 26 1/2 Gld., Juni-Juli 27 1/2 Br., 27 Thlr. bez. und Gld.

Stettin, 17. März. Weizen flau, 34 Wp. 89 Pfd. gelb schel. mit Mäherfaß loco 58 Thlr. bez. In Roggen war pro Frühjahr zu den gedrückten Preisen starker Umsatz, loco bei Kleinigkeiten 49—50 Thlr. bez., 82 Pfd. pro Frühjahr circa 1500 Wp. zu 51 1/2—52 gehandelt, 51 bleibt Br., pro Mai-Juni 53 bez. u. Br., Juni-Juli 54 Br. Rüßl sehr flau, loco 9 1/2—9 Thlr. bez., pro März 9 1/2 bez., 9 Gld., März-April 9 1/2 bez. Spiritus matt, am Landmarkt ohne Zufuhr, loco ohne Faß 13 Pct. bez., pro Frühjahr 14 bez. u. Br., 14 1/2 Gld., pro April-Mai 14 Gld., 13 1/2 Pct. Br., Mai-Juni 13 1/2 bez., Juni-Juli 13 1/2—1/2 bez. u. Br., Juli-August 13 Pct. bez. und Br.

Mannigfaltiges.

— 1 (Zeit-Fragen.) Noch Anfangs dieses Jahrhunderts fragte man in Schlessien nicht Was ist die Uhr? oder: wie spät ist es? oder: wie früh haben wir's? sondern: Wie langsam ist's? — Diese Art, nach der Zeit zu fragen, wäre gegenwärtig wieder sehr zeitgemäß.

— 2 Welches ist die schwerste Herzenssprache? — fragte neulich eine Dame. Nachdem Viele Verschiedenes geantwortet hatten, sagte die Fragestellerin: Die Sprache einer abschläglichen Antwort.

— In diesen Tagen ist von der Militär-Kommission der deutschen Bundes-Versammlung dem Professor Böttger in Frankfurt und dem Professor Schönbein in Basel definitiv eine National-Beobachtung von 40,000 Fl. für Erfindung der Schießbaumwolle zuerkannt worden.

— (Zur Gesundheits-Statistik.) Der geheime Medicinalrath Dr. Casper hat nachgewiesen, daß von 1000 neugeborenen Kindern vornehmer Familien nach fünf Jahren noch 943 am Leben sind, während von eben so viel Kindern berliner Stadarmen nur 655 bis zum fünften Jahre gelangen. Mit 70 Jahren schmelzen die 1000 in Glend Lebenden auf 117 zusammen, während von 1000 Wohlhabenden noch 235 am Leben sind.

— Aus Constantine in Algerien wird unter dem 28. Februar geschrieben: „Unsere Stadt ist ganz im Schnee vergraben; so weit das Auge reicht, eine schwere Schneedecke, aus welcher eben die Dächer der zerstreuten Meiereien und die entlaubten Kronen der Bäume der Dase von Hamma hervorragen. Im Innern der Stadt sind Mauern von Schnee aufgeschürmt, um wenigstens die Verbindungen in den Straßen herzustellen. Fußhoch lastet der Schnee auf den Dächern, so daß ein Haus an dem Thore von Djeba unter der Last wick, wie auch eine große Pferdewähle ganz eingedrückt wurde. Alle Verbindungen nach Außen sind unterbrochen, und man sieht mit Angst näheren Nachrichten entgegen, da der fürchtbare Schneesturm ohne Zweifel manches Unglück angerichtet hat. Vierzehn Araber sollten 28 Kameele mit ihrer Ladung nach Batna führen und wurden Sonnabend Abends von dem Schneegestöber überrascht. Sie suchten Schutz in den römischen Gewölben unter dem Denkmal Damremonts und ließen die Kameele außerhalb Kast suchen. Am anderen Morgen waren dieselben ganz verschneit und das Gewölbe, in welchem die Führer Schutz gesucht hatten, auch zugeweht, so daß diese keinen Ausweg finden konnten. Der Zufall führte einen Holzhändler, der in der Nähe sein Holzlager hatte, Sonntags an den Ort, wo er unter dem Schnee sich etwas bewegen sah. Es waren die Kameele. Hilfe wurde geholt und noch 21 Kameele ausgegraben — die übrigen waren der Kälte erlegen. Die Araber kamen mit dem Schrecken davon. Ohne Zweifel ist in dem Distrikte von Constantine viel Vieh zu Grunde gegangen, da man in dem Lande weder Ställe noch Schuppen zum Unterbringen der Heerden kennt und dieselben stets im Freien sind.“

Berichtigung. In der gestr. Nr. d. 3tg., erste Beilage, S. 857, Sp. 2, 3. 24 v. u. soll es statt: Zwischen des ersten Zwischenaktes etc. — Während des ersten etc., beagl. ebendasselbst 3. 26 v. u. statt: Während dem Prologe etc. — Zwischen dem Prologe etc. heißen.

Uebersicht der Durchschnitts-Marktpreise der Cerealien und des Spiritus für das Jahr 1851.

Monat	Weizen weißer				Weizen gelber				Roggen				Gerste				Haser				Spiritus pro Eimer à 60 Quart bet 80% Tralles
	feinste	feine	mittel	ordin.	feinste	feine	mittel	ordin.	feinste	feine	mittel	ordin.	feinste	feine	mittel	ordin.	feinste	feine	mittel	ordin.	
in Silbergrößen pro Scheffel																					
Januar	54,44	52,42	50,12	47,60	53,50	51,90	50	47,60	41,82	40,64	39,40	37,80	28,32	26,76	25,76	24,80	24,66	23,68	22,78	21,74	7,08 Rthlr.
Februar	52,79	51	48,92	45,50	51,50	49,81	47,79	45,17	41,46	40	38,42	37,06	29,88	28	27	26	24,27	23,21	22,31	21,45	6,66 "
März	54,69	52,35	49,65	46,23	53,10	51,10	48,15	45,73	42,84	40,62	38,62	37	30,46	28,46	27,46	26,46	25,38	23,52	22,48	21,48	6,81 "
April	56,42	54,36	51,46	48,46	54,77	52,98	50,58	48,42	41,88	39,92	38	36,29	32,21	30,21	28,25	27	25,88	24,21	23,21	22,21	6,55 "
Mai	56,26	53,62	51	48,56	54,92	52,62	50,44	48,08	39,28	37,44	36,20	35	30,88	29,52	28,52	27,52	26,44	24,44	23,44	22,44	6,81 "
Juni	64,33	61,96	58,67	55	62,29	60,67	58,17	55	43,19	41,38	40,21	38,42	34,67	32,88	31,58	30,58	31,79	30,17	29,13	28,08	7,18 "
Juli	64,44	62,44	59,15	57,07	62,7	61,11	59	56,93	42,7	41,15	39,74	37,85	34,41	32,83	31,78	30,78	32,67	31,41	30,30	29	7,43 "
August	58,77	56,77	54,84	53,23	57,1	55,38	53,69	51,38	42,42	40,12	38,61	36,42	31,04	29	27,38	25,84	25,67	24,42	23,33	22,35	7,38 "
September	60,69	58,08	55,08	51,73	59,04	56,81	54,35	50,73	50,31	48,38	46,35	44,12	34,67	33,27	31,61	29,88	23,58	22,58	21,69	20,84	7,94 "
Oktober	68,98	65,48	61,48	58,85	66,13	63,81	61,11	56,63	56,09	53,85	51,54	48	44,07	42,39	40,85	39,07	27,28	26,28	25,26	24,26	10,29 "
November	72,36	67,80	63,80	55,80	69,72	67,08	64,52	57,80	61,20	59,16	56,36	52,28	47,08	46,08	44,16	41,88	29,24	28,08	27	25,84	11,21 "
Dezember	70	67,04	62,60	55,24	67,44	65,44	63,08	52,72	61,42	58,88	56,52	52,36	46,22	44,82	42,72	41,28	31,54	30,54	29	28	11,22 "
Jahresdurchschnitt	61,18	58,61	55,56	51,52	59,35	57,39	55,07	51,33	47,01	45,13	43,33	41,05	33,34	33,69	32,26	30,92	27,36	26,04	24,99	23,97	8,05 Rthlr.

[1457] Verbindungs-Anzeige. Unsere am heutigen Tage vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir Verwandten und Freunden...

[2597] Todes-Anzeige. Den am 12. d. Mts. erfolgten sanften Tod meiner geliebten Mutter zeige ich hiermit allen Verwandten und Bekannten...

[1456] Todes-Anzeige. Allen entfernten Verwandten und Bekannten die traurige Anzeige, dass unser geliebtes einziges Töchterchen...

[2570] Den Herren Studenten, welche uns bei der Beerdigung unsern kleinen Engels Haus durch Ihre Teilnahme so überrascht haben, unsern innigsten Dank!

Theater-Repertoire. Freitag, den 19. März. 66te Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen.

[1460] Freitag, den 19. März grosses Concert des akadem. Musik-Vereins, im Musiksaal der Universität.

1) Ouverture zu Egmont von L. v. Beethoven. 2) a) Etude à la Tarantelle, b) Bolero de Concert.

[1462] Der musikalische Cirkel versammelt sich heute, Freitag d. 19., nicht. Mosewius.

Synagoge zum Seilerhof. Morgen, Sonnabend, 10 Uhr Vormittag: Predigt.

[2590] Das kleine, nahe an Breslau gelegene Dörfchen Karlowitz ist bis auf die Dominiak-Gebäude gänzlich abgebrannt und dessen Bewohner haben, da das Feuer bei den aus Holz gebauten und mit Schrauben bedeckten Häusern reißend um sich griff...

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn. Nachdem die Konvertirung der Prioritäts-Obligationen Ser. III. der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft geschlossen ist...

Oberschlesische Eisenbahn. Die Lieferung des Bedarfs von 350 Str. rohem und 240 Str. raffiniertem Müßel für unsere Administration in der Zeit vom 1. April bis Ende September d. J. soll im Wege der Submission vergeben werden.

Die Breslauer Pferde-Rennen 1852 sollen den 2. und 3. Juni stattfinden. Das Weitere über die zehn proponirten Rennen ist im Programm ausgesprochen...

Dem Zimmermeister Herrn C. Lange aus Gnadenfeld wird hiermit der Wahrheit gemäß bescheinigt, daß derselbe die Zimmerarbeiten beim Bau der hiesigen Zuckerfabrik kontraktlich innegehabt und zur vollen Zufriedenheit ausgeführt hat...

Gegen Kartoffelkrankheit. Um dem der Regierung überlassenen Ham'schen Mittel leichtern Eingang zu verschaffen, werde ich größere Massen in meinen Fabriken auf Mügen besonders präparieren...

Schlemmkreide. Laut Vertrag, datirt Bonerberg den 12. d. Mts., haben wir den Verkauf unserer ganzen Produktion von Schlemmkreide auf den Herrn J. F. Müller in Stettin zu bestimmten Preisen übertragen...

Zu Konfirmationen. empfehle ich echt franz. Tibets, 1/2 breite Twills und Kamelots, das Kleid von 2, 2 1/2 und 3 Thlr. ab, echte mailänder Glanzstoffe...

Bon Paris. verfeuerten und empfangen wir heute den ersten Transport der dort (persönlich) gemachten Einkäufe, bestehend in den reizendsten Gegenständen für die nahende Saison...

Billiges Scholtisei-Gut. Wegen Uebernahme eines andern geerbten Gutes beabsichtigt mein Bruder die zwischen Brieg und Oppeln belegene laudemalfreie Scholtisei in Bausch und Bogen für 15,000 Thlr. mit 5-6000 Thlr. Anzahlung bald zu verkaufen.

Auktion. Sonnabend, den 20. d., Vorm. 10 Uhr, sollen Schuhräder Nr. 19 Bestände aus einem aufgegebenen Weingehaft, Madeira, Malaga und Rothweine in Flaschen meistbietend versteigert werden.

[2578] Auktions-Bekanntmachung. Montag den 22. d., Vorm. 9 u. Nachm. 2 Uhr, sollen Schmirdebrücke Nr. 21 für auswärtige Rechnung 70,000 St. Sol, Florida, Sabannas, La Christina, Ugues u. a. Cigarren meistbietend versteigert werden.

[2573] Tempelgarten. Heute Freitag den 19. März komische Gefangs-Vorträge im Kollime von Herrn J. Frey. Anfang 7 Uhr. Entree 2 1/2 Sgr.

Liebichs Lokal. Freitag, den 19. März: 25. Abonnements-Konzert von der Kapelle des 19. Regiments. Anfang 4 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Weiß-Garten. Heute, Freitag den 19. März: 2. Abonnements-Konzert der Springerschen Kapelle. Zur Aufführung kommt unter Anderm: Duvertüre z. Oper: Der Vampyr, v. Lindpaintner; Fantasie für das Violon-Cello von F. Servais...

Bei der hiesigen Judengemeinde soll die Stelle eines Kantor, der zugleich Schächter sein muß, mit 180 Thlr. Fixum besetzt werden. Qualifizierte Subjekte wollen sich portofrei oder persönlich bis zum 15. April d. J. melden.

Heiraths-Gesuch. Ein Wittwer, in kräftigem Alter, der ein jährliches Einkommen von 8.0 Thlrn. hat, sucht wegen Mangel an Damenbekanntschaft auf diesem Wege eine Lebensgefährtin: eine Jungfrau oder Witwe in mittleren Jahren...

[2552] Ein Kaufmann von angenehmem Aeußeren wünscht eine Reisestelle, gleichviel welchen Geschäftszweige, unter möglichst annehmbaren Bedingungen.

[1468] Eine mit Empfehlungen versehene Wirthschafterin, die der Milchwirthschaft vorzustehen vermag und zugleich die speziellere Aufsicht über Kühe, Schwarzvieh und Flügelveh übernimmt, findet sofort ein Unterkommen auf dem Dominio Domabrowka, Kreis Oppeln.

[1458] Mit Bezug auf die zweite Beilage zu Nr. 71 der Breslauer Zeitung Seite 787 vom 11. März d. J., "Eingefahrt" - bescheinigen wir hiermit in besser Form Rechts, daß und die Goldberger'schen Rheumatismus-Letten, welche wir für 6 Thlr. erkaufen, nicht - aber ganz und gar nichts - zusammen also "Nichts" geboten haben.

[2568] Einem gewandten, mit guten Zeugnissen versehenen und unverheiratheten Bedienten verleihe ich von Ostern d. J. ab ein Unterkommen und können sich qualifizierte Subjekte in Person bei mir melden.

